

WESTPAPUA JOURNAL



Auflehnung und Unterdrückung - Können Sicherheitskräfte Sicherheit schaffen?

SCHWERPUNKTE

Wahlen in Indonesien:
Eine neue Chance für
Menschenrechte?
von Basilisa Dengen

**Bewaffneter Konflikt in
Nduga:** Sicherheitslage bleibt
weiter angespannt
**von der International
Coalition for Papua (ICP)**

**Zwanzig Jahre reformasi,
zwanzig Jahre Militär:** Wo steht
das indonesische Militär heute?
von Ingo Wandelt



Die Ausgabe 01/2019 hat die Rundbriefnummer 80.

Wir bedanken uns bei Dr. Siegfried Zöllner für die Übersetzungen und Korrekturen.

Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
Telefon: 0202 89004-170, Fax: 0202 89004-179
E-Mail: wpn@westpapuanetz.de
Internet: www.westpapuanetz.de

Besuchen Sie uns auch auf Facebook:
www.facebook.com/westpapua.netzwerk
oder auf Twitter:
www.twitter.com/westpapuanetz

Design und layout:
AKALBUDI Network (@akalbudinetwork)
www.akalbudi.net | akalbudi.org@gmail.com
Tel +62 (0) 877 7000 8384

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Ältere Journal finden Sie als PDF-Datei unter www.westpapuanetz.de
Einzelne Ausgaben können Sie als Druckversion in der Koordinationsstelle nachbestellen.

Um diesen Journal zu abonnieren oder Fördermitglied des Westpapua Netzwerks zu werden, besuchen Sie bitte: <https://bit.ly/2xTaoQc>



Um unsere E-Infos per Email zu empfangen, besuchen Sie bitte: <http://westpapuanetz.de/mitmachen/newsletter-abonnieren>



Titelbild: Musikkapelle in einem Dorf in Westpapua (Foto: Jan Lukac)

Foto Rückseite: „Zwinge den Paradiesvogel nicht, eine Taube zu sein“ (Foto: Marion Unger/VEM)

INHALT

MITTEILUNGEN DER KOORDINATIONSSTELLE — 4

NACHRICHTEN — 5

POLITIK UND MENSCHENRECHTE — 25

Wahlen in Indonesien; Eine neue Chance für Menschenrechte? ~ von [Basilia Dengen](#) — 25

Die aktuelle Menschenrechtssituation und der Schutz der indigenen Bevölkerung in den indonesischen Provinzen Papua und Westpapua — 31

MILITÄR UND GESELLSCHAFT — 39

Bewaffneter Konflikt in Nduga; Sicherheitslage bleibt weiter angespannt ~ von der [International Coalition for Papua \(ICP\)](#) — 39

Zwanzig Jahre *reformasi*, zwanzig Jahre Militär; Wo steht das indonesische Militär heute? ~ von [Dr. Ingo Wandelt](#) — 44

KIRCHE UND PARTNERSCHAFTEN — 56

„Von Gott gerufen“; Aufruf der Kirchen im Lande Papua ~ von den [Leitern der vier größten protestantischen Kirchen in Westpapua](#) — 53

Auf der Suche nach Gerechtigkeit und Frieden ~ von [Marion Unger](#) — 56

Einsatz für Westpapua Unterschriftenaktion der deutschen Partnerschaftsgruppen ~ von [Dr. Siegfried Zöllner](#) — 59

IN MEMORIAM — 61

Pater Neles Tebay - Ein Pionier ~ von [Theo van den Broek](#) — 61

BUCHTIPPS — 66

Race, Islam and Power ~ [Ein Buchtipps von Marion Unger](#) — 66

Liebe Leserinnen und Leser,

im zweiten Erscheinungsjahr unseres neuen Westpapua-Journals blicken wir mit dieser Ausgabe auf die Wahlen in Indonesien zurück. Diese konnten wir im Mai auf einer gemeinsamen Fachtagung mit Amnesty International und Human Rights Watch bereits reflektieren. Auf der Vermutung, dass ein Präsident, der nicht aus den Reihen des Militärs kommt wichtige menschenrechtliche Reformen wahrscheinlicher werden lässt, will sich die Zivilgesellschaft in Indonesien nicht ausruhen. Sie hat sich bisher als falsch erwiesen.

Eines der einschneidenden Erlebnisse war sicher die Eskalation von Gewalt im Landkreis Nduga. Die Sicherheitskräfte hatten seit Dezember mit breiten Einsätzen auf die vorherige Tötung indonesischer Straßenbauarbeiter reagiert. Bei diesen Einsätzen und ihren Fluchtfolgen kamen bis heute mehr als 100 Zivilisten ums Leben. Allein ein Drittel der Opfer sind Minderjährige und Neugeborene, die direkt im Konflikt oder indirekt auf der Flucht starben. Lokale Organisationen gehen von mehr als 5000 Inlandsvertriebenen aus Nduga aus.

Eine gemeinsame Delegation des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) und der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) besuchte im

Februar Westpapua. Eingeladen hatte die Evangelische Kirche im Lande Papua (GKI-TP) und der Indonesische Kirchenrat (PGI). Die Teilnehmer besuchten die Nduga-Vertriebenen in Wamena, schauten sich die Folgen von Landraub und Menschenrechtsverletzungen in Merauke, Sorong und Jayapura an. Die protestantischen Kirchen in Papua überreichten dem ÖRK dabei einen pastoralen Aufruf, in dem sie sich für die stärkere Anerkennung der ULMWP in der politischen Konfliktlösung und für den Schutz von Menschenrechten aussprachen. Den Text des Aufrufs finden Sie in dieser Ausgabe.

Die Bundesregierung hatte im Mai auf eine kleine Anfrage der GRÜNEN zu Westpapua teilweise geantwortet. Darin wird auf die Kontrolle des Einsatzes deutscher Rüstungslieferungen nach Indonesien leider nur sehr unbefriedigend eingegangen – man kann nicht ausschließen, dass deutsche Waffen gegen Papuas eingesetzt werden.

Eine Initiative der kirchlichen Partnerschaftsgruppen wendet sich mit einer Unterschriftenaktion an den deutschen Außenminister Heiko Maas. Deutschland solle sich bei den Vereinten Nationen stärker für Westpapua einsetzen.

Wir wünschen Ihnen viel Interesse mit dieser Ausgabe.

Thea Hummel und Norman Voß

Indonesien verschärft Vorschriften für ausländische Forscher



Dr. David McRae (l.) und Dr. Ross Tapsell durften nicht zu Forschungszwecken nach Indonesien einreisen (Foto: The Sydney Morning Herald)

Zwei renommierten australischen Wissenschaftlern wurde die Einreise nach Indonesien verweigert. Die Zeitung Sydney Morning Herald berichtete über das strengere Vorgehen örtlicher Behörden gegen ausländische Forscher.

Die in Australien ansässigen Indonesien-Experten Dr. Ross Tapsell von der Australian National University und Dr. David McRae von der Melbourne University wurden beide in den letzten drei Monaten an der Grenze angehalten und nach Hause geschickt. Die Männer reisten beide zu individuellen Forschungszwecken in das Land, benutzten aber Touristenvisa und nicht ein spezifisches Forschungsvisum, das für die akademische Forschung erforderlich ist - ein Verstoß gegen die Regeln.

Laut akademischen Quellen ist es für Forscher aus der ganzen Welt jedoch durchaus üblich mit einem kostenlosen Touristenvisum nach Indonesien

einzureisen, da der Prozess zur Erlangung eines akademischen Visums bis zu sechs Monate dauern kann und lästig ist. Das Touristenvisum kann auch für Familien- oder Gesellschaftsbesuche, Kunst- und Kulturveranstaltungen, für Regierungsaufgaben, für Reden oder Seminare oder für Geschäftstreffen in Indonesien verwendet werden.

Ein Sprecher der indonesischen Einwanderungsbehörde bestätigte, dass in den letzten Monaten auch mehreren anderen Akademikern der Zutritt zu Forschungsprojekten verweigert wurde - ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu vergangenen Jahren. Der Sprecher sagte nicht, wie viele andere Akademiker zurückgeschickt worden waren oder aus welchen Ländern sie kamen.

Tapsell ist Autor mehrerer Bücher über indonesische Politik und Gesellschaft. Zuletzt war sein Forschungsthema die Macht der Medien in

Indonesien. Auch McRae hat zu diesen Themen mehrere Bücher herausgegeben und beigetragen. Beide reagierten nicht auf die Anfragen nach einer Stellungnahme; mehrere andere hochkarätige australische Indonesien-Experten lehnten ebenfalls eine Stellungnahme ab.

Das indonesische Ministerium für Forschung, Technologie und Hochschulbildung prüft seit etwa 10 Jahren Visaanträge für Wissenschaftler. Im vergangenen Jahr kündigte das Ministerium eine Verschärfung der Regeln für Wissenschaftler, die zu Forschungszwecken nach Indonesien kommen wollen, an. Eine Begründung wurde nicht gegeben.

Bevor das Ministerium die Arbeit übernahm, prüfte das renommierte Indonesian Institute of Sciences (LIPI) die Visaanträge für akademische Zwecke.

Professorin Dewi Fortuna Anwar, eine der führenden Politikwissenschaftler des Landes, sagte, Indonesien müsse die Vorschriften für ausländische Akademiker überprüfen. Die aktuellen Visabestimmungen seien zu aufwändig, langwierig und „dem Fortschritt des Wissens in Indonesien abträglich“.

„Als LIPI noch für die Koordination der Forschung verantwortlich war, konnten

wir inhaltlich beurteilen, ob die Forschung wertvoll ist und ob auch lokale Forscher davon profitieren können. Die Prüfer beim Ministerium sind eher an der genauen Einhaltung von Gesetzen interessiert.“ Des Weiteren sagte sie: „In einer Zeit, in der wir internationale Netzwerke entwickeln wollen, um die Qualität der örtlichen Institutionen zu verbessern, die eine stärkere internationale

Zusammenarbeit benötigen, werden gleichzeitig all diese Hindernisse errichtet, die nicht forschungsfreundlich sind.“

Eine Gesetzesvorlage zu Wissenschaft und Technologie, die bald vom indonesischen Parlament verabschiedet werden könnte, würde die Lage für Wissenschaftler noch schwieriger machen. Das Gesetz sieht zum Beispiel vor, dass

alle ausländischen Akademiker einen indonesischen Forschungskollegen als Gegenüber angeben müssen, der oder die für den ausländischen Forscher verantwortlich ist, selbst wenn dieser ein Verbrechen begeht. „Das ist eindeutig eine Abschreckungsmaßnahme“, so Dewi Fortuna Anwar. ♦

Menschenrechtsverteidiger decken illegalen Minenbetrieb auf



Die schwimmende Goldmine in Nabire (Foto: Örtliche NGO)

Die Papuanische Tabernakelkirche (KINGMI Papua) hat ihre Besorgnis über ein großes Projekt zum Gold schürfen am Siriwo Fluss, Landkreis Nabire, geäußert. Die Firma PT Jichuan baut derzeit ein großes Schiff (eine schwimmende Plattform) zum Abbau von Kies aus dem

Flussbett inmitten des Waldes. Der Leiter des Amtes für Energie und Bodenschätze der Provinz Papua (Dinas ESDM Provinsi Papua), Fred Bonay, bestätigte in einem Interview mit der Zeitschrift JUBI, dass die Minengesellschaft keine Lizenz für die alluviale Goldgewinnung hat. Anfang Juli

besuchte ein Team der Polizei des Bezirks Nabire den Standort am Kilometer 102 im Bezirk Siriwo. Die Polizei stoppte den Bau vorübergehend, bis PT Jichuan die Genehmigungen für das Goldwaschen einschließlich einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorlegen kann.

Menschenrechtsaktivisten hatten das Mitglied des Provinzparlaments John Gobai über den Bau eines Schiffes durch PT Jichuans im Siriwo District informiert. John Gobai stellte den Fall in den Medien dar und stellte die Rechtmäßigkeit des ganzen Projektes und den Nutzen dieser Goldgewinnung für die indigenen Gemeinschaften in Frage. Aktivisten vermuten, dass Polizei und Militär in Siriwo sich bewusst waren, dass der Bau des Schiffes illegal war, aber nicht eingriffen, da das Unternehmen Bestechungsgelder zahlte. ♦

Militärfraktionen bilden einheitliche Westpapua-Armee

Die drei wichtigsten Fraktionen der bewaffneten Widerstandsgruppen in Westpapua kündigten am 1. Juli 2019 ihren Zusammenschluss unter dem Schirm der Vereinigten Befreiungs-bewegung für Westpapua (ULMWP, United Liberation Movement for West Papua) an. Zuvor hatten sie eine gemeinsame Erklärung, die „Vanimo-Grenzerklärung“ unterzeichnet. Der Zusammenschluss erfolgte fünf Jahre nach der Vereinigung der drei großen politischen Fraktionen unter der ULMWP.

Die drei Gruppierungen sind (1) die Revolutionäre Armee von Westpapua (TRWP, Tentara Revolusi West Papua), (2) die Nationale Armee von Westpapua (TNPB, Tentara Nasional Papua Barat) und (3) die Nationale Befreiungsarmee von West Papua (TPN-PB, Tentara Pembebasan Nasional Papua Barat). Nach ihrem Zusammenschluss nennen sie sich Westpapua-Armee und verpflichten sich zu einem einheitlichen Kommando unter der politischen Führung der ULMWP.

Die Erklärung wurde am 1. Mai unterzeichnet, 56 Jahre nach der Invasion Indonesiens und der Übernahme Westpapas im Jahr 1963.

Benny Wenda, Vorsitzender der ULMWP, sagte: „Die ULMWP ist bereit, ein unabhängiges Westpapua zu bilden. Politisch und militärisch sind wir jetzt vereint. Die internationale Gemeinschaft kann nun ohne Zweifel erkennen, dass wir bereit sind, unser Land zu übernehmen.“

Der Sprecher des indonesischen Militärs in Westpapua, Oberst Muhammad Aidi, sagte in einem Interview mit der Zeitung The Jakarta Post, das indonesische Militär sei von der Nachricht unbeeindruckt: „Ob es eine einzelne Person ist oder eine Gruppe: wir werden sie bekämpfen, besonders, wenn sie sich auf illegale Weise bewaffnen.“ ♦



Drei militärische Gruppen haben sich zur Armee Westpapas vereint (Foto: örtlicher Aktivist)

Häftling stirbt in Polizeigewahrsam auf Biak

Die Solidaritätsgruppe „Bersatu untuk Kebenaran“ (BUK, Vereint für die Wahrheit), die sich um Opfer militärischer Gewalt in Papua kümmert, hat sich besorgt über die Folter eines Inhaftierten Mannes auf der Polizeiwache in Biak, Provinz Papua, geäußert. Polizeibeamte hatten Ronaldo Yawan am 13. Juni 2019 verhafteten, weil er beschuldigt wurde, ein Schwein gestohlen zu haben. Seine Verwandte hatten jedoch erklärt, dass sie den Fall bereits außergerichtlich

beigelegt hätten. Zeugen sahen, wie Polizisten Ronaldo am Hafen angriffen und schlugen, kurz nachdem er auf einem Schiff, das von Biak nach Manokwari fahren sollte, verhaftet wurde. Zwei Tage später, am 15. Juni 2019 gegen 17.00 Uhr, wurde Ronaldo Yawan tot in seiner Zelle aufgefunden. Die Polizei behauptete, dass Ronaldo Yawan sich mit seinem Gürtel erhängt hätte.

Der Leichnam von Ronaldo Yawan wurde einer Autopsie unterzogen. Während der Autopsiebericht zu dem Schluss kommt, dass Ronaldo Yawan durch Strangulierung gestorben ist, vermuten Ronaldos

Verwandte, dass er an den Folgen der Folter während der Festnahme und Inhaftierung gestorben ist. Nach Angaben der Verwandten trug Ronaldo keinen Gürtel, als er verhaftet wurde. Der Leiter des Adat-Rates in Biak, Apolos Sroyer, erklärte in einem Interview, dass er vor zwei Monaten eine ähnliche Beschwerde erhalten habe, als ein Mitglied des indigenen Wakum-Clans unter mysteriösen Umständen während der Haft auf der Polizeistation Biak starb. Der örtliche Polizeichef erklärte auf einer Pressekonferenz, dass derzeit gegen 17 Polizeibeamte ein Untersuchungsverfahren wegen Fahrlässigkeit im Dienst laufe. ♦

Polizei schießt in Menschenmenge - vier Tote, vier Verletzte



Jhon Tatais Arm musste teilweise amputiert werden (Foto: Familie des Opfers)

Die gewaltsame Auflösung einer Demonstration von Anhängern eines unterlegenen Kandidaten hat am 27. Mai 2019, einige Tage nach der Wahl, im Dorf Basim (Bezirk Fayit, Landkreis Asmat) zur Ermordung von vier Papuas geführt. Vier weitere Demonstranten wurden verletzt. Nach Angaben der lokalen Medien erfolgte der Protest kurz nachdem die örtliche Wahlkommission das Wahlergebnis bekannt gegeben hatte. Um 10.00 Uhr begannen die etwa 350 Demonstranten das Haus des neu gewählten Parlamentsabgeordneten zu zerstören. Drei Militärangehörige – die Unteroffiziere Jamaludin Retop, Eko Saputro und „F.R.“ -, die auf einem nahe gelegenen

Militärposten eingesetzt waren, versuchten die Menge mit Schusswaffen zu zerstreuen, anstatt Maßnahmen zur Deeskalation zu ergreifen.

Die Militärs gaben mehrere Warnschüsse in die Luft ab, woraufhin die Demonstranten sich gegen die Militärs wandten. Unteroffizier F.R. schoss daraufhin mit scharfer Munition in die Menge. Vier Demonstranten - einer von ihnen minderjährig - erlitten tödliche Verletzungen. Vier weitere Demonstranten wurden verwundet (siehe Tabelle). Jhon Tatai musste mit zwei Schussverletzungen am linken Ellenbogen und an der rechten Hand ins Krankenhaus eingeliefert werden. Sein linker

Arm musste oberhalb des Ellenbogens amputiert werden, weil die Kugel den Ellenbogen zertrümmert hatte.

Polizei und Militär bildeten eine gemeinsame Ermittlungsgruppe, die sich aus Mitgliedern der Militärpolizei, des Militärrechtsdienstes und des medizinischen Dienstes des XVII.

Militärgebietskommandos/ Cenderawasih und Mitgliedern des 174/ATW-Militärgebietskommandos sowie Beamten der papuanischen Regionalpolizei und der papuanischen Vertretung der Nationalen Menschenrechtskommission (KOMNAS HAM Perwakilan Papua) zusammensetzte. Das

Team leitete am 28. Mai 2019 eine Untersuchung ein, während die örtliche Regierung einen Versöhnungsprozess anstrebt. Nach Angaben des Sprechers des XVII. Militärkommandos Cenderawasih, Oberst Muhammad Aidi, wurden die drei in den Vorfall verwickelten Soldaten bereits nach Merauke versetzt. ♦

Nr.	Name des Opfers	Alter	Beschreibung
1	Xaverius Sai	40	Opfer starb, erlitt Schussverletzungen
2	Nikolaus Tuba	38	Opfer starb, erlitt Schussverletzungen
3	Matias Amunep	16	Opfer starb, erlitt Schussverletzungen
4	Frederikus Inepi	35	Opfer starb, erlitt Schussverletzungen
5	Jhon Tatai	25	Schussverletzungen am linken Ellenbogen und der rechten Hand, linker Arm wurde amputiert.
6	Salmon Firap	n/a	Leichte Verletzungen, keine Behandlung im Krankenhaus
7	Fitalis Akun	n/a	Leichte Verletzungen, keine Behandlung im Krankenhaus
8	Leo Pakanam	n/a	Leichte Verletzungen, keine Behandlung im Krankenhaus

Tabelle: Opfer der Schießerei in Fayit, Landkreis Asmath

Inhaftierter Aktivist erkrankt nach Polizeiverhör - Angehörige fordern medizinische Versorgung



Sami Lokon (Foto: Familie Lokon)

Die International Coalition for Papua (ICP) hat glaubwürdige Informationen über den sich verschlechternden Gesundheitszustand des inhaftierten papuanischen

politischen Aktivisten Sami Lokon erhalten. Sami Lokon wurde Anfang Januar 2019 verhaftet. Polizeibeamte warfen ihm Motorrad Diebstahl vor, konnten aber keinen Haftbefehl und keine ausreichenden Beweise für die Straftat vorlegen. Menschenrechtsaktivisten behaupten, dass Sami Lokon während der Inhaftierung auf der KP3-Polizeiwache im Hafen von Jayapura gefoltert wurde, als Polizisten versuchten, ihm ein Geständnis zu erpressen.

Ein Polizist soll ihn mit einem Holzstab auf den Rücken geschlagen und ihm zehnmal auf die linke und rechte Wange geschlagen haben.

Obwohl Sami Lokon sich weigerte, ein Geständnis zu unterschreiben, erhob die Polizei Anklage auf der Basis von Artikel 480 des indonesischen Strafgesetzbuches (KUHP) über die Annahme und Weitergabe von gestohlenen Waren. Die Anklagen scheinen ein Vorwand zu sein, um Sami Lokon zu kriminalisieren. Während der Polizeiverhöre fragten Beamte den Aktivist wiederholt nach seiner Beziehung zum Komitee Nasional Papua Barat (KNPB), einer politischen Organisation, die das Recht auf Selbstbestimmung des Papuavolkes durch zivilen Widerstand und andere

friedliche Aktivitäten fordert.

Am 11. Januar 2019 besuchte ein Anwalt der „Vereinigung von Menschenrechtsanwälten für Papua“ (PAHAM Papua) Sami Lokon im Gefängnis und forderte die Ermittler auf, Kopien des Haftbefehls, der Haftanordnung, des Schreibens zur Beschlagnahme des Motorrads und des Untersuchungsberichts (BAP) vorzulegen. Die Dokumente wurden den Anwälten von Sami Lokon nie vorgelegt.

Als Verwandte am 4. Juni 2019 Sami Lokon in der Haftanstalt Abepura in Jayapura besuchten, sahen sie, dass Sami schwer krank war und sein Bett nicht verlassen konnte. Ein Besuch von KNPB-Mitgliedern am 5. Juni wurde von der Gefängnisleitung mit der Begründung, dass Sami Lokon

zu krank sei, um Besucher zu empfangen, abgelehnt. Daraufhin überzeugten Freunde von Sami Lokon zusammen mit seinen Anwälten und Mitgliedern der GIDI-Kirche (Evangelische Kirche in Indonesien) den Direktor des Gefängnisses, Sami ins allgemeine Krankenhaus von Abepura zu bringen, wo er akut behandelt wurde. Allerdings war das Krankenhaus zum Zeitpunkt der Untersuchung aufgrund des Idul Fitri Feiertages zum Abschluss des muslimischen Fastenmonats unterbesetzt, so dass Sami Lokon keine ausreichende Untersuchung durch einen Arzt erhielt. Seine Angehörigen sind besorgt über seinen Gesundheitszustand und bitten um eine zweite umfassende Untersuchung im Krankenhaus. ♦

Mairasi-Stamm protestiert gegen Abholzung

Indigene Gemeinschaften des Mairasi-Stammes, die in den Dörfern Undurara, Wosimo und Inyora, Teluk Wondama in der Provinz Papua Barat leben, protestieren gegen die Verlängerung einer Konzession für den Einschlag von Holz auf ihrem angestammten Land. Das Ministerium für Forstwirtschaft und Umwelt hatte die Konzession für

die Firma PT Kurniatama Sejahtera am 15. Oktober 2009 genehmigt (SK.648/Menhut-II/2009). Die Mairasi-Gemeinschaften vertreten die Ansicht, dass die Präsenz des Unternehmens nicht zum Wohle der lokalen indigenen Bevölkerung beigetragen hat. Im Gegenteil habe Anwesenheit des Unternehmens zu einer starken militärischen Präsenz geführt, so dass sich das Volk der Mairasi auf seinem eigenen Land nicht mehr sicher fühlt. Sie fordern die Landesbehörde für Forstwirtschaft und Umwelt

auf, die Konzession für die Firma PT. Kurniatama Sejahtera nicht zu verlängern.

Laut einer Pressemitteilung mehrerer NGOs versuchen einzelne Mitglieder der Mairasi-Gemeinschaft und des Militärs ein Treffen mit Mitgliedern der lokalen Gemeinschaft durchzuführen. Die Treffen haben den Zweck, die Mairasi-Gemeinschaft zu überreden, der Verlängerung zuzustimmen.

2013 folterten Mitglieder der Infanterieeinheit Yonif 753 Sorong drei einheimische Papuas aus den Dörfern Sararti

und Ambumi. Keiner der Täter wurde für die Verbrechen vor Gericht gestellt. Darüber hinaus sind viele Menschen aus dem Stamm der Mairasi immer noch traumatisiert durch viele Menschenrechtsverletzungen in

ihrer Region im Jahr 2001. Der Fall wurde von Komnas HAM Jakarta gründlich untersucht, dokumentiert und der Staatsanwaltschaft in Jakarta übergeben. Diese hat den Fall, der unter dem Namen „Wasior“

bekannt wurde, nie zur Anklage gebracht. Er gilt bis heute als einer der unerledigten schweren Menschenrechtsvergehen, für die eigentlich ein Menschenrechtsgerichtshof zuständig sein sollte. ♦

Westpapua bleibt ein Sperrgebiet für ausländische Journalisten

Ein Interview am 23. Mai 2019 mit dem Leiter der Einwanderungsabteilung im Regionalbüro des Ministeriums für Justiz und Menschenrechte der Provinz Papua, Hermansyah Siregar bestätigte, was Menschenrechtsorganisationen seit Mai 2015 kritisieren, als Präsident Joko Widodo die Öffnung Westpapas für ausländische Journalisten ankündigte. Ausländische Journalisten dürfen weiterhin nicht einfach nach Westpapua reisen und dort frei arbeiten. Jedes Journalistenvisum wird erst genehmigt, wenn der Antragsteller alle erforderlichen Genehmigungen im Rahmen des Verfahrens des so genannten Clearing House erhalten hat, einem langwierigen bürokratischen Verfahren, das für ausländische Journalisten, die beabsichtigen, in den indonesischen Provinzen Papua und Papua Barat zu arbeiten, obligatorisch ist.

Hermansyah Siregar bestätigte



Hermansyah Siregar beim Interview mit Journalisten (Foto: Jubi)

während des Interviews erneut, dass Ausländer in Westpapua - insbesondere Journalisten - weiterhin streng von Mitgliedern der Sicherheitskräfte überwacht werden. Die Überwachung sei eine vorbeugende Maßnahme, um sicherzustellen, dass Journalisten keine „provokanten“ Nachrichten produzieren würden, sagte Siregar. Ausländer dürfen in Westpapua nur dann arbeiten, wenn ihre Arbeit für Indonesien von Vorteil sei und sie nicht die Sicherheit und die Souveränität des indonesischen Staates gefährde.

Hintergrund

Am 10. Mai 2015 kündigte Präsident Joko Widodo öffentlich an, dass ausländische Journalisten freien Zugang zu Westpapua haben würden, um zu arbeiten und erklärte, dass er die Angelegenheit bereits mit seinen Ministern, dem nationalen Polizeichef und Militärgenerälen besprochen habe. Jokowi erklärte in dem Interview, dass das Clearing House-Verfahren abgeschafft werde. Ausländische Journalisten, die über Westpapua berichten wollten, keine besondere Genehmigung

mehr benötigen, die sich von der Genehmigung für andere Teile Indonesiens unterscheidet.

Nach wie vor dauert die Beantragung und Erteilung einer Genehmigung mehrere Monate und bedarf der Zustimmung zwölf verschiedener staatlicher Stellen, darunter auch der des Militärs. Die Erlaubnis wird nur unter der Bedingung erteilt, dass Journalisten unpolitische Fragen im Zusammenhang mit Entwicklung oder Kultur behandeln. Wenn ausländische Journalisten ein Visum und die Erlaubnis zur Berichterstattung in Westpapua erhalten, werden sie und die Personen, die sie

treffen und interviewen, von Polizei und Militär überwacht.

Bisher war unklar, inwieweit diese Anordnung von Präsident Joko Widodo im Jahr 2015 tatsächlich umgesetzt wurde. Die öffentliche Erklärung des Präsidenten wurde jedoch nie in eine Regierungsverordnung umgesetzt. Nur eine solche Verordnung könnte gewährleisten, dass ausländische Journalisten über Ereignisse in Westpapua frei berichten können, ohne Einschüchterung, Einschränkungen oder Begleitung durch Mitglieder der Sicherheitskräfte während ihrer Recherchen.

Während des dritten Zyklus des Universal Periodic Review Indonesiens beim UN-Menschenrechtsrat im Mai 2017 nannte die indonesische Außenministerin Retno Marsudi die Öffnung Westpapas für ausländische Journalisten und internationale Organisationen eine der wichtigsten Menschenrechtsleistungen der Regierung. Sie behauptete, dass 39 ausländische Journalisten 2015 in Westpapua gearbeitet hätten, was einem Anstieg von 41% im Vergleich zu 2014 entspreche. ♦

Neuer Gesetzesentwurf für den Umgang mit Menschenrechtsverletzungen

Vierzehn Abgeordnete des Parlaments (DPRP) der Provinz Papua sind dabei, eine Verordnung der lokalen Regierung (peraturan daerah oder PERDA) zu erarbeiten. Das Gesetz soll einen Rechtsrahmen für den Umgang mit Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Papua schaffen. Die Abgeordneten haben sich mit Nichtregierungsorganisationen, Opfern von Menschenrechtsverletzungen und anderen Interessengruppen getroffen und sie um Beiträge für den Entwurf gebeten. Der

Verordnungsentwurf soll in das lokale Gesetzgebungsprogramm 2019 aufgenommen werden.

Die Abgeordneten erklärten im Mai 2019, dass sie mit der Herausforderung konfrontiert sind, dass Indonesien keine Erfahrung mit wirksamen Mechanismen zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen hat, die auch die Entschädigung der Opfer oder ihrer Hinterbliebenen gewährleisten. Für die Parlamentarier gilt Südafrika als geeigneteres Vorbild für die Einrichtung eines Menschenrechtsgerichts. ♦

Häftlinge nach Mobangriff gestorben



Maikel Ilintamon starb an den Folgen seiner schweren Verletzungen (Foto: KOMNAS HAM Papua)

Zehn Häftlinge versuchten am 24. April 2019 aus der Haftanstalt Abepura (Lapas Klas IIA Abepura) in Jayapura zu fliehen. Eine Gruppe von Anwohnern entdeckte die Männer kurz nach der Flucht und schlug sie brutal zusammen, bevor sie von den Gefängniswägtern zurück in die Haftanstalt gebracht wurden. Die Zweigstelle der nationalen Menschenrechtskommission in Papua (KOMNAS HAM Papua) leitete nun eine Untersuchung über den Tod von Maikel Ilintamon (25 Jahre) und Selyus Logo (27 Jahre) ein. Die Untersuchung konnte bisher nicht nachweisen, ob die Aufseher die Gefangenen als Strafe für den Fluchtversuch gefoltert hatten. Die Untersuchung kam jedoch zu dem Ergebnis, dass fahrlässiges Verhalten der Gefängniswägtern zum Tod beider Häftlinge beigetragen hat.

Nach der Festnahme der Geflohenen durch Anwohner hatten die Aufseher die Gefangenen zurück in die Haftanstalt gebracht, anstatt

sie sofort in ein Krankenhaus zu bringen. Die Verletzungen, die Maikel Ilintamon durch die Schläge erlitten hatte waren so schwer, dass er am Abend des 24. April 2019 starb. Selyus Logo starb am 3. Mai 2019. Die Gefängnisleitung behauptete, dass Selyus Logo an einer Krankheit gestorben sei. Jedoch gaben KOMNAS HAM-Ermittler, die Selyus Logos Körper im Allgemeinen Krankenhaus Abepura untersuchen ließen, an, dass er eine schwere Kopfverletzung hatte, die zum Zeitpunkt der Untersuchung noch blutete. Die Angehörigen der verstorbenen Häftlinge haben eine Klage gegen das Gefängnis Abepura mit der Begründung eingereicht, dass die Aufseher die Häftlinge gefoltert hätten.

KOMNAS HAM Papua veröffentlichte vier Empfehlungen an die Polizei der Stadt Jayapura. Eine Empfehlung lautet, mehrere Zeugen zu befragen, darunter auch die anderen Insassen, die am Ausbruch aus dem Gefängnis beteiligt waren. ♦

Verheerende Sturzflut und Erdbeben in Jayapura

Am 16. März 2019 traf als Folge tagelanger Regenfälle eine verheerende Sturzflut den Stadtteil Sentani bei Jayapura. Es wurden mindestens 105 Menschen getötet, über 70 Menschen wurden noch Tage nach der Flut vermisst. Über 150 Menschen wurden verletzt und mehr als 9500 Menschen haben ihr Zuhause verloren, weil durch den Anstieg des Wasserspiegels des Sentanisees hunderte Häuser tagelang überschwemmt und unbewohnbar waren.

Die Sturzflut traf das Wohngebiet gegen 21:30 Uhr Ortszeit und entstand in dem naheliegenden Cycloop-Gebirge. Der Sprecher der nationalen Behörde für



Nach der Sturzflut in Sentani (Foto: Roy Ratumakin/Tabloid JUBI)

Katastrophenschutz, Sutopo Purwo Nugroho, äußerte die Vermutung, dass durch die Regenfälle in den Bergen ein Erdbeben einen Damm gebildet hatte, der den Lauf eines Flusses blockierte. Dieser Damm brach unter dem Druck der Wassermassen und es entstand eine Flutwelle, die Bäume entwurzelte und Felsbrocken mit sich riss. Der Landrat Jayapuras, Mathius Awoitauw, erklärte,

die Überschwemmungen und Erdbeben seien durch Abholzung und anderen Umweltschäden in den Cycloop-Bergen verursacht worden.

Einige Stunden später, um 00:15 Uhr am 17. März, ereignete sich in der Stadt Jayapura ebenfalls ein Erdbeben. Auch dieses Ereignis wurde dem starken Regenfall zugeschrieben. ♦

Gerichtsverfahren wegen Hochverrats gegen polnischen Staatsbürger

Das Verfahren gegen den polnischen Staatsbürger Jakob Fabian Skrzypski und den papuanischen Angeklagten Simon Magal hat am 14. Januar 2019 vor dem Bezirksgericht in Wamena, Landkreis Jayawijaya in der Provinz Papua, begonnen. Beide

Männer wurden wegen Verrats (Artikel 53 des indonesischen Strafgesetzbuches KUHP), wegen des Versuchs einer Straftat (Art. 55 KUHP) und wegen Begehung, Anordnung oder Teilnahme an einer Straftat (Artikel 107 KUHP) angeklagt. Der Prozess wurde zweimal verschoben, weil Jakob Skrzypski sich weigerte, an der Gerichtsverhandlung teilzunehmen. Seine Anwälte erklärten, er sei in einen Hungerstreik getreten und kritisiere die schlechten

Bedingungen während der Inhaftierung in der Polizeistation Wamena. Skrzypskis Bitten, den Prozess in die Stadt Jayapura zu verlegen und einen polnischen Dolmetscher zur Verfügung zu stellen, wurden von den Richtern abgelehnt.

Einer der Anwälte verlas am 7. Februar 2019 eine Erklärung Skrzypskis. Er sei durch die Zellentürbarren geschlagen und von einem Polizeibeamten während der Inhaftierung auf



Jakup Skrzypski und Simon Magal auf der Anklagebank (Foto: Tabloid JUBI)

der Polizeistation angespuckt worden. Skrzypski zufolge ereignete sich der Vorfall am 30. Januar 2019. Skrzypski sagte, dass der Offizier ein Hemd der mobilen Polizeibrigade (BRIMOB) getragen und angeblich gedroht hätte, ihn zu töten. Der Polizeichef von Jayawijaya, Tonny Ananda, bestritt die Vorwürfe und behauptete, Skrzypski versuche, die Professionalität

der indonesischen Polizei in Frage zu stellen. Er fügte hinzu, dass der polnische Bürger unter besonderen Bedingungen inhaftiert sei und nur ausgewählte Beamte Zugang zu ihm hätten.

Die Polizei von Wamena hatte Skrzypski und drei papuanische Männer am 25. August 2018 gegen 12.20 Uhr in der Nähe des Militärstützpunkts Napua

in Wamena verhaftet. Er wurde zur Polizeistation des Bezirks Wamena gebracht, ungefähr zwei Stunden lang verhört und dann entlassen. Am nächsten Tag verhafteten ihn Polizeibeamte erneut in seinem Hotel in Wamena. Am 27. August 2018 wurde er nach Jayapura gebracht und im Polizeigefängnis inhaftiert.

Die Polizei soll bei seiner Festnahme Munition gefunden haben. Darüber hinaus habe das Handy von Skrzypski belastende Videos und Fotos enthalten, die ihn mit Mitgliedern der bewaffneten Widerstandsbewegung TPN-OPM aus Papua zeigten. Die Polizei vermutet, dass er einen Waffenhandel mit Mitgliedern der Separatistenbewegung organisiert habe. Jakub Skrzypski bestreitet, dass die Polizei während seiner Festnahme Munition gefunden hatte und behauptet, Papua als Tourist besucht zu haben. ♦

Delegation des Weltkirchenrates besucht Westpapua

Eine ökumenische Delegation, vom Weltrat der Kirchen koordiniert, besuchte vom 15. – 22. Februar Indonesien. Schwerpunkt des Besuches waren die beiden Provinzen Papua und Papua-West. Fünf Menschenrechts-Institutionen der Vereinten Nationen hatten

in den letzten Wochen in einer gemeinsamen Erklärung auf zunehmende Gewalt und Diskriminierung der indigenen Papua-Bevölkerung hingewiesen.

Mit der Delegationsreise wollten die Kirchen ihre Solidarität zum Ausdruck bringen und alle Mitgliedskirchen aufrufen, sich weiterhin für Gerechtigkeit und Frieden in Indonesien, insbesondere in Westpapua, einzusetzen. Der Besuch

verstand sich selbst als Teil der „Pilgerreise für Gerechtigkeit und Frieden“ des Weltrates der Kirchen und konzentrierte sich auf Fragen der Religionsfreiheit und interreligiöse Harmonie in Indonesien und auf die Frage der Menschenrechte in Westpapua. Gastgeber für die Delegation waren die Gemeinschaft von Kirchen in Indonesien und die Evangelisch-christliche Kirche im Lande Papua (GKI-TP).



Teilnehmende der ÖRK Reise in Westpapua (Foto: Jimmy Sormin/WCC)

Einige Delegationsmitglieder besuchten Kirchen und ihre muslimischen Nachbarn in Surabaya, wo im Mai 2018 einige Selbstmordattentate (auf christliche Kirchen) stattgefunden hatten. Sie zeigten sich erfreut über eine außerordentliche interreligiöse Solidarität im Zusammenhang mit diesen Attentaten. Sie trafen auch den Religionsminister Lukman Hakim Saifuddin und brachten ihre Besorgnis über zahlreiche Strafverfolgungen auf Grund des Bosphemie-Gesetzes zum Ausdruck. Auch kritisierten sie die Art und Weise, in welcher das Gesetz über religiöse Harmonie von 2006 missbraucht wird, um religiöse Minderheiten zu marginalisieren.

In Westpapua trafen die Mitglieder der Delegation lokale

Kirchenleitungen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Konflikten, traditionelle Führer, die Gouverneure beider Provinzen und Vertreter der lokalen Regierungen, aber auch Vertreter von Militär und Polizei in Jayapura, Manokwari, Merauke und Wamena. „Der Zugang zu Westpapua war in der Vergangenheit nur sehr begrenzt möglich“, sagte Peter Prove, im Weltkirchenrat Direktor der Abteilung für internationale Angelegenheiten. „Wir sind froh, dass die indonesischen Autoritäten uns diesen Besuch ermöglicht haben. Wir hoffen sehr, dass dies der Anfang einer größeren Öffnung dieser Region auch für andere sein wird.“

Trotzdem waren die Delegationsmitglieder erschüttert über die Berichte

fast aller Papua, mit denen sie sprechen konnten. Die Probleme sind sehr ernst und gehen tief. Dr. Jochen Motte, stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Ev. Mission, sagte: „Ich hatte die Gelegenheit schon im Jahr 1999 an einem Besuchsteam des Weltkircherates hierher teilzunehmen. Es ist sehr traurig, dass alle Probleme, die in den damaligen Berichten genannt wurden, auch heute noch genau die gleichen sind. Auch das Sonderautonomie-Gesetz hat die Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllt und hat Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen nicht beenden können.“ Die Sonderautonomie für Papua wurde 2001 eingeführt, damit die Papua an ihrer politischen, sozialen kulturellen und

wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb Indonesiens selbst mitwirken könnten. Doch alle Papua einschließlich der lokalen Regierungsvertreter hielten die Sonderautonomie für gescheitert. Die wichtigsten Vorschriften des Gesetzes wurden nie implementiert.

Mit großer Sorge erfuhr die Delegation, dass auf Grund von Migration und demographischer Entwicklung die indigenen Papua bereits eine Minderheit in ihrem eigenen Land bilden. Landraub, Umweltzerstörung, Abholzung der Regenwälder und Verschmutzung der Flüsse waren Beschwerden, die immer wieder gegenüber der Delegation vorgebracht wurden. Damit wird den Papua ihre traditionelle Lebensgrundlage entzogen. Die indigenen Gesprächspartner der Delegation betonten immer wieder: „Das vorherrschende so genannte Entwicklungsprogramm in unserer Region „ist für andere bestimmt, nicht für uns.“ Frau Dr. Emily

Welty, Vizemoderatorin der Kommission für internationale Angelegenheiten im Weltkirchenrat betonte: „Die indigenen Papua werden wirklich systematisch marginalisiert und von allen Lebensbereichen ausgeschlossen.“

In Wamena und Jayapura hatte die Delegation eine Begegnung mit „Binnenflüchtlingen“, die aus ihren Heimatdörfern in der Nduga-Region wegen der laufenden Militär- und Polizeioperationen geflohen waren. Militär und Polizei hatten eingegriffen, nachdem am 2. Dezember vermutlich 21 Straßenbauarbeiter von einer bewaffneten Gruppe getötet worden waren. Die Zahl der Flüchtlinge ist unbekannt, es wird vermutet, dass sich noch viele in den Wäldern versteckt halten, wo sie keine Hilfe bekommen können. Bischof Abednego von der Evangelisch-lutherischen Kirche in Tansania sagte: „Es war traurig, so viele Kinder zu sehen, die Opfer dieser Gewalttaten geworden

sind. Sie haben Angst, in ihre Heimat zurück zu kehren, weil sich dort immer noch Militär und Polizei aufhalten. Dabei sollten gerade diese Sicherheitskräfte den Dörfern und Schulen Schutz und Sicherheit bieten.“

Der Delegation wurde in Westpapua ein gemeinsamer Aufruf von vier Kirchen übergeben, der GKI-TP, der Kingmi-Kirche, der Evangelischen Kirche im Lande Papua (GIDI) und der Gemeinschaft der Baptistischen Gemeinden in Papua. Die Kirchen fordern internationale Unterstützung der Weltkirchengemeinschaft für einen umfassenden Dialog über die politische Situation. Rev. James Bhagwan, der Generalsekretär der Konferenz Pazifischer Kirchen, sagte: „Es ist klar, ein Dialog ohne Vorbedingungen ist der einzige Ausweg in einer Situation, wie wir sie hier in Westpapua angetroffen haben.“

Lesen Sie den Reisebericht von Marion Unger auf Seite 56. ♦

Polizisten quälen Verdächtigen mit einer Schlange

Im Bezirkspolizeirevier von Jayawijaya hat die Polizei bei dem Verhör eines mutmaßlichen Handydiebs eine lebendige Schlange benutzt.



Ausschnitt aus dem viralen Video (Quelle: Twitter)

Ein Video, das seit dem 10. Februar 2019 vielfach über soziale Medien verbreitet wurde, zeigt, wie der Mann verängstigt schreit, während eine über zwei Meter lange Schlange sich um seinen Oberkörper windet. Seine Hände sind mit Kabelbindern hinter seinem Rücken gefesselt und er windet sich panisch auf dem Boden. Ein Polizist befragt ihn, im Hintergrund ist Gelächter zu hören.

Der zuständige Chef des Polizeireviers, Tonny Ananda Swadaya, hat sich mittlerweile für die Verhörmethode öffentlich entschuldigt. „Die Schlange war zahm und nicht giftig oder gefährlich“ hieß es weiter in der Stellungnahme. Die Polizei gab nicht bekannt, ob gegen die Polizisten ermittelt wird. ♦

.....

KNPB Aktivisten wegen Hochverrats angeklagt



Razzia im KNPB Büro in Timika am 31.12.2018 (Foto: KNPB)

Eine Koalition von Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsanwälten aus Papua hat aufgrund der rechtswidrigen Festnahme und anschließender Anklage wegen angeblicher Verbrechen von drei Aktivisten des West Papua National Committee (KNPB) beim Amtsgericht in Timika eine Voruntersuchung beantragt. Am 31. Dezember 2018 hatten Sicherheitskräfte das KNPB-Büro in Timika gestürmt und sechs KNPB-Aktivisten verhaftet, die einen Gottesdienst organisiert hatten. Am 7. Januar 2019 wurden die drei KNPB-Aktivisten Yanto Awerkion, Sem Asso und Edo Dogopia zu weiteren Verhören vorgeladen. Die drei Aktivisten wurden am 8. Januar 2019 verhaftet und in die Stadt Jayapura gebracht, wo sie wegen Landesverrats angeklagt wurden, bis heute

in Haft sind und auf ein Gerichtsverfahren warten.

Menschenrechtsanwälte argumentieren, dass die Festnahmen nicht im Einklang mit der indonesischen Strafprozessordnung (KUHAP) durchgeführt worden seien, weil die Polizeibeamten bei der Razzia weder Haftbefehle noch Durchsuchungsbefehle vorgelegt hätten. Dies verstößt gegen Artikel 18 Absatz 1 der KUHAP, wonach die Strafverfolgungsbehörden dem Verdächtigen einen Haftbefehl vorzeigen müssen, es sei denn, er wird bei der Begehung einer Straftat erwischt. Darüber hinaus ist das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung durch das indonesische Gesetz und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), zu dem

Indonesien Vertragsstaat ist, garantiert. Vor der Veranstaltung hatte die KNPB in Timika der Polizei ein Benachrichtigungsschreiben über ihren Plan zur Abhaltung der Gebetsveranstaltung übermittelt, da dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

TAPOL, Franciscans International, die International Coalition for Papua, Watch Indonesia!, Geneva for Human Rights - Global Training und das Westpapua-Netzwerk haben als Reaktion auf die

rechtswidrigen Festnahmen und Anklagen eine Eilaktion gestartet.

Das KNPB ist eine politische Bewegung, die das Recht auf politische Selbstbestimmung für West-Papua durch ein Referendum fordert. Die Organisation organisiert Gottesdienste und friedliche Demonstrationen durch ihr Indonesien-weites Netzwerk und gehört zu den zivilgesellschaftlichen Gruppen Papuas, die einem hohen Maß an Kriminalisierung

und politischer Verfolgung durch die indonesischen Strafverfolgungsbehörden ausgesetzt sind. Razzien der Sicherheitskräfte auf KNPB-Büros und -Veranstaltungen haben in den letzten Monaten erheblich zugenommen. Das KNPB-Sekretariat in Asmat wurde am 1. Dezember 2018 niedergebrannt. Das KNPB-Hauptsekretariat in Jayapura wurde sowohl am 19. November als auch am 1. Dezember 2018 beschädigt und teilweise zerstört. ♦

Staatsanwaltschaft lehnt Berichte zu Menschenrechtsfällen erneut ab



Das Büro der nationalen Menschenrechtskommission in Jakarta (Foto: Komnas HAM)

Am 27. November 2018 hat die indonesische Generalstaatsanwaltschaft die Akten von neun mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen erneut an die Nationale Menschenrechtskommission

(KOMNAS HAM) zurückgeschickt. Die Fälle wurden von KOMNAS HAM untersucht und wiederholt der Generalstaatsanwaltschaft zur weiteren Bearbeitung vorgelegt. Zu den Fällen

zählen zwei schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Westpapua, nämlich die Fälle in Wamena (4. April 2003) und Wasior (13. Juni 2001). Die Generalstaatsanwaltschaft hat die Akten mit der Begründung zurückgeschickt, dass die Beweise in allen neun Fällen angeblich nicht ausreichen, um ein Gerichtsverfahren einzuleiten. Der Vorsitzende von KOMNAS HAM, Ahmad Taufik Damanik, erklärte in einem öffentlichen Interview mit dem indonesischen Nachrichtenmagazin TEMPO, dass die Untersuchungsberichte ohne Anweisungen für ein weiteres Vorgehen zurückgesandt worden seien.

Das nationale Verfahren zur rechtlichen Bearbeitung von Fällen von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist im Gesetz 22/2000 über

Menschenrechtsgerichte festgelegt. Gemäß den Abschnitten 4 und 5 des Gesetzes hat KOMNAS HAM das Mandat, einen Fall zu untersuchen und dem Generalstaatsanwalt diesbezüglich einen Bericht vorzulegen. Der Generalstaatsanwalt prüft diesen Bericht legt ihn einem Ad-hoc-Gericht für Menschenrechte vor, wenn die Akten die rechtlichen Voraussetzungen für ein Gerichtsverfahren erfüllen. In Wirklichkeit funktioniert dieser nationale Mechanismus nicht.

Seit 2002 werden die neun Fälle zwischen KOMNAS HAM und der Generalstaatsanwaltschaft ohne Fortschritte hin und her geschoben.

Am 3. Mai 2017 wurde die Menschenrechtssituation in Indonesien zum dritten Mal im Rahmen des Universal Periodic Review, einem Mechanismus des Menschenrats der Vereinten Nationen in Genf, überprüft. Die indonesische Regierungsdelegation erklärte, dass drei Fälle von Menschenrechtsverletzungen

in den Provinzen Papua und Papua Barat - nämlich die Fälle in Wasior, Wamena und Paniai - als schwere Menschenrechtsverletzungen identifiziert wurden. Außenministerin Retno Marsudi erklärte vor der internationalen Gemeinschaft, dass diese Fälle im Rahmen nationaler Menschenrechtsmechanismen unter Beteiligung von KOMNAS HAM und der Generalstaatsanwaltschaft bearbeitet werden. Keiner der Fälle wurde bis heute bearbeitet.

◆

Sicherheitskräfte lösen Gottesdienst auf – 6 Besucher verhaftet

Menschenrechtsverteidiger und lokale Medien haben über ein weiteres repressives Vorgehen gegen das Westpapua-Nationalkomitee (KNPB) berichtet. Das KNPB ist eine politische Bewegung, die das Recht auf politische Selbstbestimmung für Westpapua durch ein Unabhängigkeitsreferendum fordert. Die Organisation ist landesweit vernetzt und organisiert Gottesdienste und friedliche Demonstrationen. Sie gehört zu den zivilgesellschaftlichen Gruppen Papuas, die einem hohen Maß an Kriminalisierung und politischer Verfolgung



Polizisten zerstören ein Denkmal vor dem KNPB Büro in Timika (Foto: KNPB)

durch die indonesischen Strafverfolgungsbehörden ausgesetzt sind. Am 31. Dezember 2018 fand in dem KNPB-Büro in Timika ein Silvestergottesdienst statt, an dem viele Menschen teilnahmen. Um 20.10 Uhr

umzingelten ungefähr 200 mit Maschinengewehren bewaffnete Mitglieder der Sicherheitskräfte das KNPB-Büro und zerstreuten die friedliche religiöse Versammlung mit Gewalt. Die Sicherheitskräfte durchsuchten das Büro und verhafteten die

KNPB-Aktivisten Finsen Gobay (29 Jahre), Eman Dogopia (27 Jahre), Yohana Kobogauw (39 Jahre), Ruben Kogoya (33 Jahre), Epenus Hisage (29 Jahre) und örtlicher KNPB-Vorsitzender Yanto Awerkion (30 Jahre).

Die Sicherheitskräfte nahmen Banner ab, beschlagnahmten KNPB-Symbole und

Dokumente und durchsuchten das Büro sowie die anwesenden Gottesdienstbesucher. Polizeibeamte beschädigten angeblich einige Fensterscheiben im obersten Stockwerk und zerstörten ein Betondenkmal vor dem Büro, auf dem das Symbol des Mambruk-Vogels abgebildet war (siehe Foto). Der Mambruk Vogel ist ein Symbol der

kulturellen Identität in Westpapua und wird auch von der Unabhängigkeitsbewegung in ihren Logos benutzt. Der Polizeichef von Mimika, Agung Marlianto, soll eine indonesische Flagge an der Außenwand des Büros angebracht und erklärt haben, dass das KNPB-Büro 2019 geschlossen werden soll. ♦

Nach Militärangriff in Nduga - örtliche Regierung startet Rettungsaktion

Auf der Internetplattform Youtube wurden im Dezember 2018 zwei neue Videos veröffentlicht, die neue Einblicke in die Situation in der Region Nduga geben, wo bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen dem indonesischen Militär und der Nationalen Befreiungsarmee Westpapas (TPN-PB) zu einer hohen Zahl von Opfern unter Zivilisten geführt hatten. Bisher beschränken Sicherheitskräfte den Zugang zu dem Gebiet strikt - erste Informationen über die Opfer und die aktuelle Situation in Nduga bleiben unbestätigt und unsicher. Menschenrechtsverteidiger und Journalisten dürfen immer noch nicht vor Ort über die Ereignisse berichten.

Ein Video der BBC Indonesia bietet neue Einblicke in die Ereignisse in der Region Nduga. Es zeigt Interviews mit mehreren mutmaßlichen Opfern der Militärangriffe. Ein Mann behauptet, vier Hubschrauber der indonesischen Luftwaffe (AURI) hätten sein Dorf angegriffen. Einer von ihnen soll eine Bombe abgeworfen haben. Der koordinierende Minister für Politik, Justiz und Sicherheitsfragen, General Wiranto, bestritt die

Verwendung von Bomben in einem öffentlichen Interview und erklärte, diese seien zu teuer. Der Einsatz von Bomben durch das indonesische Militär sei von der TPN-PB erfunden worden, um Propaganda gegen die indonesische Regierung zu betreiben. „Gehen Sie einfach hin und schauen sie sich die Gegend an - gibt es einen Wald, der [von den Bomben] niedergebrannt wurde?“ so Wiranto zu den Journalisten.



Einäscherung des Leichnams eines der zivilen Opfer des Militärangriffs in Nduga (Foto: Mitglied der Rettungsmission der örtlichen Regierung. Quelle: YouTube)

Ein anderes Interview zeigt einen Jungen, der behauptet, sein Vater sei von Militärangehörigen erschossen worden. Er sagte, die Militärangehörigen feuerten weiter auf ihn, als er und sein älterer Bruder in den Wald flohen - eine Kugel habe das Hemd des Jungen durchbohrt. Muhammad Aidi, der Leiter der Abteilung für Militärkommandos, erklärte in einem Interview, dass seine Männer nicht auf Zivilisten schießen würden, wenn sie unbewaffnet seien. Er erklärte weiter, dass seine Männer die TPN-PB-Mitglieder lebend gefangen nehmen wollen.

Ein zweites Video zeigt Material, das während einer Rettungsmission aufgenommen wurde. Sie wurde am 13. Dezember 2018 mit dem Ziel gestartet, vier vermisste Bauarbeiter zu finden. Die lokale Regierung hatte ein Team unter der Führung des Vize-Landrats von Nduga und des Parlamentschefs gebildet, um die Leichen der Arbeiter zu evakuieren und indigene

Dorfbewohner zu finden, die vor dem Militärangriff in den Dschungel geflohen waren. Das Team hatte Mitglieder der Sicherheitskräfte gebeten, sie nicht zu begleiten, um einen weiteren Schusswechsel und eine zusätzliche Traumatisierung der Bevölkerung zu vermeiden.

Nach vier Tagen der Suche gelang es dem Team nicht, die Leichen der Arbeiter zu finden, da die Rettungsmission durch schlechte Wetterbedingungen behindert wurde. Das Team fand jedoch die Leichen von vier indigenen Zivilisten, die in Folge des Militärangriffs gestorben waren. Ein Dorfbewohner namens Mentus Nimiangge wurde lebend gefunden, starb jedoch kurz nach der Rettung an einer schweren Schussverletzung am Hals - er wurde später im Distrikt Mbumuyalma eingäschert. In den Untertiteln des Videos sind folgende Namen aufgeführt: Menius Lokbere und Nison Umangge, beide im Bezirk Mbua getötet. Yarion Pokneangge starb im

Distrikt Dal, als das Militär das Feuer aus einem Hubschrauber eröffnete, während seine Frau in den Wald fliehen konnte. Die Leiche von Mianus Lokbere befand sich in einem schlechten Zustand und musste sofort eingäschert werden.

Der Gouverneur der Provinz Papua, Lukas Enembe, und Mitglieder von sieben Fraktionen des Provinzparlaments beschlossen während eines Treffens am 19.12.2018, sich mit Präsident Joko Widodo zu treffen und ihn zu bitten, alle Sicherheitskräfte aus der Region Nduga zurückzuziehen. Die Entscheidung wurde von religiösen Führern, dem Papua-Büro der nationalen Menschenrechtskommission, Vertretern der Zivilgesellschaft und NGOs unterstützt. Der Rückzug der Sicherheitskräfte solle es der indigenen Bevölkerung ermöglichen, in ihre Dörfer zurückzukehren und Weihnachten in Frieden und Würde zu feiern.

Indonesienweite Gedenkveranstaltungen von gewaltsamen Verhaftungen beschattet



Verletzte Studentin bei der Demo in Jayapura (Foto: örtlicher Aktivist)

Der 19. Dezember 1961 ist ein historisches Datum in Indonesien - an diesem Tag startete die indonesische Armee die Trikora-Operation, eine Militäroffensive mit dem Ziel, das ehemalige Kolonialgebiet Niederländisch-Neuguinea zu erobern und zu annektieren. In verschiedenen Städten Indonesiens organisierten indigene Papua- und Pro-Papua-Aktivisten am 19. Dezember 2018 friedliche Gedenkfeierlichkeiten. In verschiedenen Städten reagierten die Sicherheitskräfte mit Massenverhaftungen

oder zerstreuten die Menschenmengen mit Gewalt. Laut Menschenrechtsaktivisten misshandelten Mitglieder der Sicherheitskräfte Demonstranten bei deren Verhaftungen in Jayapura und Ternate in der Provinz Maluku Utara. In der javanischen Stadt Malang wurden 16 friedliche Demonstranten von Polizisten und Teilnehmern einer nationalistischen Gegendemo misshandelt. Ein ähnlicher Vorfall wurde aus Denpasar, Bali, gemeldet, wo die gewaltsame Auflösung durch Polizeibeamte und Mitglieder nationalistischer Massenorganisationen zu Misshandlungen von vier Demonstranten geführt hatte.

Die schwersten Formen der Folter und Misshandlung während der „Trikora“-Gedenkfeiern wurden aus der Stadt Ternate gemeldet, wo Mitglieder der FRI-WP-Bewegung (Indonesische Volksfront für Westpapua) eine friedliche Demonstration organisiert hatten. Sicherheitsbeamte in ziviler Kleidung verhafteten sieben Demonstranten und einen

Studenten, der die Festnahmen angeblich mit seinem Handy aufgezeichnet hatte. Die acht Verhafteten wurden zum Militärstützpunkt Kodim 1501 in Ternate gebracht, wo sie verhört und für die Teilnahme an der Demonstration bestraft wurden. Mitglieder der Sicherheitskräfte schnitten den Demonstranten die Haare ab, zwangen sie, ihre Kleidung auszuziehen und schlugen sie auf den Rücken, den Hinterkopf und in das Gesicht. Danach wurden die Verhafteten gezwungen, mit bloßem Oberkörper in der prallen Mittagssonne stehend die indonesische Nationalhymne zu singen. Die Offiziere zwangen die Aktivisten auch, auf dem Basketballplatz innerhalb der Militärbasis über die Erde zu rollen. Berichten zufolge wurden zwei Verhaftete während des Verhörs gefoltert und eingeschüchtert. Ein festgenommener Demonstrant gab an, dass ein Beamter ihn während des Verhörs bei jeder Frage mit einem Holzbalken geschlagen habe. Ein anderer Demonstrant berichtete, dass ein Offizier damit drohte, einen Aschenbecher in seinen Mund zu leeren, wenn er nicht wahrheitsgemäß antworten würde.

Nr.	Ort der Verhaftung	Zahl der Verhaftungen	Zusätzliche Informationen
1	Jayapura	15	Die Polizei feuerte Warnschüsse, um die Menschenmenge auseinanderzutreiben. Mindestens drei Demonstranten, u.a. Jefri Wenda, Sely Tebai und Arfi Asso wurden misshandelt.
2	Sentani	15	-
3	Merauke	5	Eine Gruppe Demonstranten wurde daran gehindert, das KNPB Büro zu verlassen, von wo aus sie die Demonstration starten wollten.
4	Timika	-	130 friedliche Demonstranten wurden daran gehindert, das KNPB Büro zu verlassen.
5	Malang (Ostjava)	64	16 Demonstranten wurden von Polizeibeamten in Zivil und Teilnehmern der nationalistischen Gegendemo misshandelt. 3 Demonstranten erlitten Prellungen, 4 weitere erlitten blutende Verletzungen
6	Ternate (Nord-Molukken)	8	7 Demonstranten und ein Zuschauer, der Fotos von der Demo machte.
7	Denpasar (Bali)	-	Demonstration mit 64 friedlichen Demonstranten wurde aufgelöst, 4 Demonstranten wurden von den Sicherheitskräften und Teilnehmern der nationalistischen Gegendemo geschlagen, einer der Opfer erlitt stark blutende Verletzungen
Gesamt		107	

Tabelle: Festnahmen während der friedlichen Gedenkfeiern „Trikora“ am 19. Dezember 2018

Film dokumentiert Folgen der Ermordung von Schulkindern durch Sicherheitskräfte

Eine Gruppe von Menschenrechtsverteidigern drehte einen Film zur Aufarbeitung des Bloody Paniai Falls vom 7. und 8. Dezember 2014 in Enarotali. Der Kurzfilm mit dem Titel Justice for Murdered Children (Gerechtigkeit für ermordete Kinder) ist Teil der Make West Papua Safe Kampagne und berichtet über die Ermordung von fünf Schulkindern durch die indonesische Polizei und das indonesische Militär. Dort werden die Väter der Kinder und deren Streben nach Gerechtigkeit



Bildausschnitt aus dem Dokumentarfilm „Justice for murdered children“

inmitten der kontinuierlichen Einschüchterungsversuche, die sie erleben, gezeigt. Der Film schildert auch deutlich die Komplizenschaft ausländischer Regierungen, die weiterhin die Sicherheitskräfte Indonesiens mitfinanzieren, ausbilden und bewaffnen und gleichzeitig die staatliche Gewalt in Westpapua verschweigen.

Hinter dem Film stehen die Familien Degei, Youw, Yeimo

und Gobai, das Büro für Gerechtigkeit und Frieden der Kingmi-Kirche in Papua, die katholische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Erzdiözese Brisbane, Tapol, West Papua Update und Pasifika.

Sehen Sie den Dokumentarfilm „Justice for Murdered Children“ auf YouTube unter <https://bit.ly/2Zm1Kas> ♦

Wahlen in Indonesien

Eine neue Chance für Menschenrechte?

von Basilia Dengen

Das Urteil des Verfassungsgerichtes Ende Juni 2019 hat die zweite Amtszeit des indonesischen Präsidenten Joko Widodo endgültig bestätigt. Die Amtseinführung erfolgt im Oktober. Viele Indonesier*innen erhoffen sich, dass der ehemalige Möbelunternehmer in den nächsten fünf Jahren mehr Mut zu größeren Veränderungen zeigt als seine bisherige Bilanz aufweist.

2019 galt für Indonesien als Superwahljahr, denn am 17. April fanden fünf Wahlen parallel statt. Gewählt wurden nicht nur der Präsident und sein Vize, sondern auch die Parlamentsmitglieder auf drei Ebenen (Distrikt, Provinz und National) sowie der Regionalrat. Insgesamt standen die Kandidaten von 20 Parteien zur Wahl, einschließlich vier lokaler Parteien in der Provinz Aceh¹ und vier neue nationale Parteien. Laut Angabe der Wahlkommission gab es ca. 190 Millionen Wahlberechtigte, die an nur einem Tag in ca. 800.000 Wahllokalen landesweit (und im Ausland) gewählt haben. Indonesien hat zum ersten Mal in seiner Geschichte Wahlen in solcher Dimension durchgeführt, was die Wahlkommission vor große logistische Herausforderungen stellte. Die Medien berichteten von mehr als 300 Wahlhelfer*innen,

die aufgrund der Strapazen an Erschöpfung gestorben sind.²

Für die Präsidentschaftswahl standen den Wähler*innen wieder dieselben Kandidaten wie vor fünf Jahren zur Auswahl: Amtsinhaber Joko Widodo (Jokowi genannt) und sein Herausforderer, der Ex-General Prabowo Subianto. Die Wahlbeteiligung für die diesjährige Präsidentschaftswahl war mit 81% höher als die der letzten Wahl, bei der die Wahlbeteiligung bei 69% lag. Prabowo ist bei der diesjährigen Wahl das dritte Mal als Präsidentschaftskandidat angetreten und musste wieder eine Niederlage akzeptieren, die zweite gegen seinen Gegner Joko Widodo.³ Joko Widodo und sein Vize Ma'ruf Amin gewannen mit 55,5% der Stimmen, das entspricht 85,6 Millionen Stimmen. Prabowo hat das Ergebnis der Wahl vor dem Verfassungsgericht anfechten lassen, was aber aufgrund der Eindeutigkeit des Wahlausgangs so gut wie reine Zeitverschwendung war.

Im Gegensatz zur Präsidentschaftswahl, bei der nur zwei Kandidaten angetreten sind, boten die Parlamentswahlen mehr Dynamik. Es stellte sich insbesondere die Frage, ob die vier neuen Parteien die 4% Hürde schaffen würden. Vor den Wahlen wurde viel über die Partei *Partai*

1 Gemäß des Friedensvertrages von 2015 zwischen der Unabhängigkeitsbewegung GAM und der indonesischen Zentralregierung verfügt die Provinz Aceh über einen Sonderstatus zur Gründung lokaler politischer Partei, die in anderen indonesischen Provinzen nicht möglich ist. Um im nationalen Parlament (DPR-RI) vertreten zu sein, muss eine lokale Partei mit einer nationalen Partei eine Koalition eingehen.

2 Süddeutsche Zeitung, 1.5.2019. Rätsel um tote Wahlhelfer (<https://www.sueddeutsche.de/politik/indonesien-wahl-wahlhelfer-erschopfung-1.4428044>).

3 Bei den Präsidentschaftswahlen 2009 kandidierte Prabowo als Vizepräsident an der Seite der Amtsinhaberin Megawati Soekarnoputri. Die Wahl gewannen Susilo Bambang Yudhoyono und sein Vize Jusuf Kalla. 2014 stellte sich Prabowo mit Unterstützung der Partei Gerindra erneut zur Wahl und verlor gegen Joko Widodo.



Präsidentenskandidat Prabowo Subianto (Mitte, im Safarihemd) beim Wahlkampf in Merauke (Foto: Wahlkampfteam Prabowo Subianto - Sandiaga Uno)

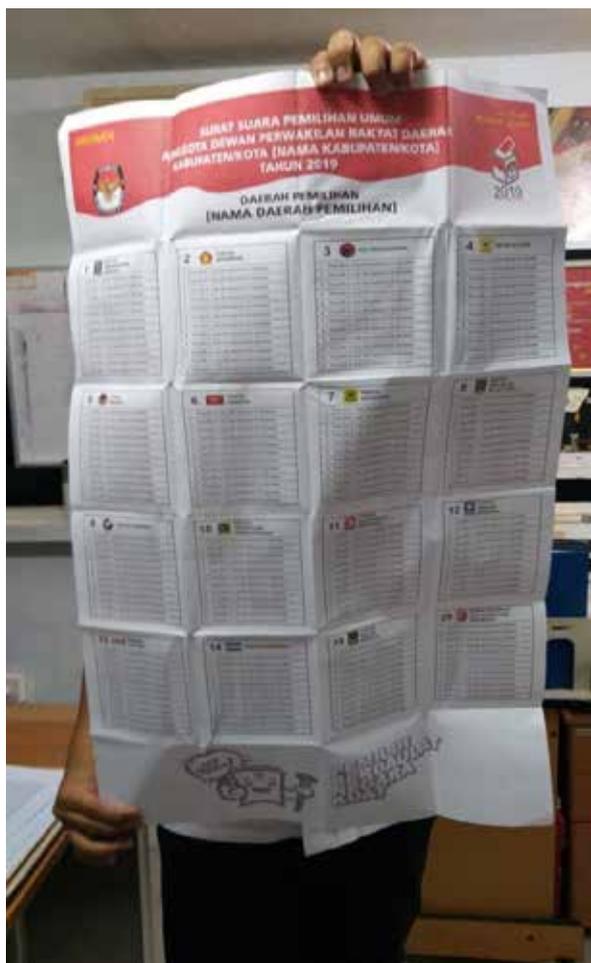
Berkarya berichtet, die von Tommy Suharto, dem jüngsten Sohn des Diktators Suharto, geführt wird. Die Partei befürwortete die Politik des Regimes von Suharto und propagierte unter anderem, dass die wirtschaftliche Lage unter Suharto besser gewesen wäre. Mit nur 2,09% der Stimmen konnte die Partei nicht in das nationale Parlament einziehen. Die Teilnahme der *Partai Berkarya* an den Wahlen zeigt einerseits, dass der Suharto-Klan noch einflussreich genug ist und über ein landesweites Netzwerk und erhebliche Ressourcen verfügt.⁴ Andererseits zeigt das Wahlergebnis, dass die Narrativen der „Neuen Ordnung“ (Orde Baru) nicht mehr attraktiv

genug sind, um diese den Wähler*innen zu verkaufen. Eine nennenswerte Partei, die frischen Wind in die diesjährigen Wahlen brachte, ist die Partei *Partai Solidaritas Indonesia* (PSI). Sie präsentierte sich als Partei der jungen Leute und stellte Kandidat*innen zur Wahl, die zuvor in keiner Partei tätig waren, um sich von den etablierten Parteien zu unterscheiden.⁵ PSI hat die 4%-Hürde nicht geschafft, ebenso scheiterten auch die beiden anderen neuen Parteien daran. Insgesamt werden neun große und bereits bekannte politische Parteien im nationalen Parlament vertreten sein.⁶

4 Gesetzliche Voraussetzung zur Gründung einer politischen Partei und zur Teilnahme an Wahlen ist u.a., in allen Provinzen vertreten zu sein (z.Z. insgesamt 34 Provinzen).

5 PSI hat später doch entschieden, Joko Widodo bei der Präsidentschaftswahl zu unterstützen.

6 Ergebnis Parlamentswahlen 2019: 1. PDI-P: 27.053.961 Stimmen (19,33 %) 2. Gerindra: 17.594.839 (12,57%) 3. Golkar: 17.229.789 (12,31%) 4. PKB: 13.570.097 (9,69 %) 5. Nasdem: 12.661.792 (9,05%) 6. PKS: 11.493.663 (8,21 %) 7. Demokrat: 10.876.507 (7,77 %) 8. PAN: 9.572.623 (6,84%) 9. PPP: 6.323.147 (4,52%).



Muster eines Wahlzettels für die regionalen Parlamentswahlen (Foto: <https://id.theasianparent.com/cara-mencoblos>)

Die Stimmung vor und während des Wahlkampfes

Zur Aufstellung eines Kandidaten zum Präsidentenamt muss eine Partei oder eine Koalition von Parteien über mindestens 20% der Sitze im nationalen Parlament verfügen oder bei der vorangegangenen Wahl mindestens 25% der Stimmen gewonnen haben. Da die legislativen und präsidentialen Wahlen parallel stattfanden, sollten die politischen Parteien aufgrund der Gesetzesänderung ihre Kandidaten für die



Wahlzettel für die Präsidentschaftswahlen 2019 (Foto: Antara News)

Präsidentschaftswahlen schon vorher stellen bzw. bestimmen. Wie bei der vorherigen Wahl gab es wieder nur zwei Kandidaten zur Auswahl, Joko Widodo und Prabowo. Die politischen Parteien waren in diese zwei Lagern geteilt. Der einzige nennenswerte Unterschied zu der vorherigen Koalition war, dass Golkar (die Einheitspartei unter dem Suharto-Regime), nicht mehr Prabowos Lager, sondern Jokowi unterstützte.⁷ Prabowo wurde weiterhin von zwei großen islamischen Parteien, PKS und PAN, unterstützt. Jeder, der vom Wahlkampf neue Ideen und eine Neuausrichtung der Politik erwartet hatte, wurde enttäuscht. Denn die gleichen Narrativen wurden wiederholt und instrumentalisiert: Religion, Anti-Kommunismus, Rassismus und Nationalismus. Aus der Provinz Aceh etwa, wo eine Scharia-orientierte Verordnung eingeführt wurde, kam die Einladung bzw. Herausforderung an die Kandidaten, Teile aus dem Koran vorzutragen, um die ‚Echtheit‘ ihres islamischen Glaubens zu beweisen. Ein weiteres Thema, das sich als wirksam erwiesen hat, wenn jemand diskriminiert oder aus dem gesellschaftlichen sowie politischen Leben ausgeschlossen werden soll, ist die Stigmatisierung als Kommunist.

⁷ Sieben Parteien erklärten ihre Unterstützung für Jokowi und dessen Vize Ma'ruf Amin (PDI-P, Golkar, PPP, PKB, Nasdem, Hanura, PKPI) und vier Parteien für Prabowo Subianto und dessen Vize Sandiaga Uno (Gerindra, Demokrat, PAN, PKS).

So wurde über soziale Medien die falsche Nachricht verbreitet, dass Joko Widodo der verbotenen kommunistischen Partei angehöre. In denselben Medien wurde auch fälschlich behauptet, dass er chinesischer Abstammung sei, also einer ethnischen Minderheit angehöre, die in Indonesien seit der Kolonialzeit als Sündenbock für alles Unheil abgestempelt wird. Bei den diesjährigen Wahlen wurde insbesondere im Blick auf die Präsidentschaftswahlen eine massive Verbreitung von Falschmeldungen verzeichnet. Das indonesische Ministerium für Kommunikation und Information registrierte zwischen August 2018 - März 2019, also ungefähr in der Wahlkampfperiode, ca. 1.200 falsche Meldungen (hoax), die hauptsächlich über Online-Medien und soziale Netzwerke verbreitet wurden.⁸

Viele haben befürchtet, dass die islamistische Bewegung nach der Verurteilung des Gouverneurs von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama (genannt „Ahok“) mehr Einfluss in der Politik gewinnen würde. Die Befürchtung, dass Indonesien ein islamischer Staat werden könnte, wird jedoch von den aktuellen Wahlergebnissen nicht bestätigt.⁹ Die gegenwärtige Entwicklung zeigt jedoch, dass radikale Gruppen sowie eine fundamentalistische Auslegung des Islams in der öffentlichen Wahrnehmung präsenter sind. Das Land rückt immer mehr in eine konservative Richtung. Dies ist bereits im Alltag zu spüren und wird in persönlichen Gesprächen, Meldungen in sozialen Medien, in Fernsehsendungen (Serien /sinetron), Filmen, Musik, Werbung, Talkshows, zunehmende religiöse Programme, etc. bis hin in die Politik durch Verabschiedung verschiedener Scharia-orientierter Verordnungen und Übergriffe gegen

religiöse sowie sexuell orientierte Minderheiten deutlich. Die Verurteilung Ahoks 2017 wegen Blasphemie war bestimmend für das Wahlergebnis der Wahlen in 2019, insbesondere für Jokowi, der bei vielen als Unterstützer Ahoks angesehen wird. Eine Analyse im indonesischen Magazin *Tempo* besagte, die Wähler*innen hätten ihre Entscheidung (für die Präsidentschaftswahlen) bereits vor den Wahlen bzw. nach der Verurteilung Ahoks getroffen. Das Wahlergebnis bestätigt diese These. Prabowo hatte die Mehrheit in islamkonservativen Regionen wie Aceh und Westsumatra (ca. 85%) sowie Westjava und Banten (ca. 60%). Jokowi gewann in insgesamt 21 Provinzen, also in zwei Provinzen weniger als bei den Wahlen 2014. Dank des islamkonservativen Ma'ruf Amin als Vize an der Seite von Jokowi und der Unterstützung durch die islamische Organisation *Nahdatul Ulama* (NU) hat Jokowi in zwei dicht besiedelten javanischen Provinzen (Ost- und Zentraljava) gewonnen.¹⁰ Die Unterstützung durch die NU war entscheidend, um den Wahlsieg Jokowi zu sichern. Allerdings ist im Vergleich zu den Wahlen in 2014 (53% der Stimmen) der Unterschied im Wahlergebnis zur diesjährigen Wahl mit einer Steigerung um 2,4% nicht besonders groß.

Jokowis Fünfjahresbilanz: Für Menschenrechte muss weiterhin gekämpft werden

Als Jokowi 2014 zum Präsidenten ernannt wurde, hat er ein größeres Wirtschaftswachstum, weniger Umweltzerstörung, eine Reform der Landrechte und die Verbesserung der Menschenrechte sowie des Gesundheitswesens versprochen. In Bezug auf die Wirtschaft

8 Der Zeitraum entspricht ungefähr der von der Wahlkommission festgelegte Periode für Kampagnen (September 2018- April 2019). Siehe: <https://tirto.id/jokowi-dan-prabowo-dalam-bingkai-hoaks-pilpres-2019-dl83>

9 Zu den islamistischen Parteien zählen PAN, PKS, PKB, PPP. Die Summe der Stimmen für diese Parteien (29,26%) bildet jedoch deutlich keine Mehrheit. Außerdem verfolgen diese Parteien unterschiedliche politische Agenden.

10 Von zurzeit ca. 270 Millionen Einwohner*innen Indonesiens leben mehr als die Hälfte auf der Insel Java. Die Wahlen auf Java zu gewinnen ist ein Schlüsselfaktor für einen landesweiten Sieg.



Präsident Joko ‚Jokowi‘ Widodo wirbt in Sorong für seine Wiederwahl (Foto: Ihsanuddin/Kompas.com)

hat Jokowi ein jährliches Wachstum von 7% angestrebt, doch seit 2016 liegt das Wirtschaftswachstum nur bei 5%.

Die Menschenrechte sind der Bereich, an dem er total gescheitert ist. Bei der ersten Kandidatendebatte, die landesweit über Fernsehsender ausgestrahlt wurde, äußerte Jokowi, dass die Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere derer, die in der Vergangenheit begangen wurde, schwierig ist. Außerdem erklärte er, dass er sich in Justizangelegenheiten nicht einmischen möchte. Es besteht eine große Diskrepanz zwischen dem, was er 2014 versprochen hat und was bis heute verwirklicht wurde. In Jokowi's erster Amtszeit wurden Ergebnisse der Ermittlungen der indonesischen Menschenrechtskommission (Komnas HAM)

u.a. zur Aufklärung der Massaker an den Kommunisten (1965) von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Der Zweifel an Jokowi's Versprechen bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte wurde durch die Ernennung Wirantos zum koordinierenden Minister für Politik, Justiz und Menschenrechte bestätigt. Ex-General Wiranto wurde 2003 von der *Serious Crimes Unit* der Vereinten Nationen für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht, die das indonesische Militär um das Jahr 1999 in Osttimor begangen hatte. Wiranto hat die juristische Aufarbeitung der Kommunistenverfolgung von 1965 abgelehnt, mit der Begründung, dass juristische Aufarbeitung westliche Kultur sei. Auch andere unaufgeklärte Menschenrechtsverletzungen wurden nicht in die politische Agenda der Regierung aufgenommen.

Die rechte Hand von Jokowi, Minister Luhut Pandjaitan, hat seine intensive Propaganda für den Export von Palmöl in die EU verstärkt. Bei einer Audienz im Vatikan erklärte Minister Pandjaitan, dass die Entscheidung der EU, den Import von Palmöl in die EU zu stoppen, die Armut in Indonesien verstärken und für soziale Unruhen sorgen würde. Ausgeblendet wurde nicht nur die Tatsache, dass der Palmölanbau die Umwelt durch Abholzung und Rodungen von Regenwäldern zerstört, sondern auch, dass durch die Erweiterungen der Plantagen, unter anderem auch in der Region Westpapua, Menschenrechte und Landrechte massiv verletzt werden. Die indonesische Regierung hingegen bewirbt Palmöl als förderlich für das Wirtschaftswachstum. Ferner machen die aktuellen Entwicklungen immer deutlicher, dass es in Jokowi's Kreis mehr und mehr Personen aus dem Militär bzw. mit militärischem Hintergrund gibt, sowohl in seinem Kabinett als auch unter seinen Beratern. Militärreform als eine der wichtigsten Forderungen der politischen Wende ‚Reformasi‘ im Jahre 1998 steht kaum auf der heutigen politischen Tagesordnung.

Trotz großer Unterstützung für Jokowi durch Wähler*innen der beiden Provinzen in Westpapua (Papua Barat ca. 80% und Papua ca. 90%) bleibt Papua weiterhin für internationale Journalist*innen geschlossen und „Gewalt statt Dialog“ ist weiterhin eine gängige Praxis

in Papua. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International berichten von widerrechtlichen Tötungen, die durch Sicherheitskräfte (Polizei und Militär) bis heute begangen werden.¹¹ Jokowi's Unterstützer*innen argumentieren, dass er sehr viel erreicht hat und es zu großen Fortschritten gekommen ist, insbesondere beim Ausbau der Infrastruktur, was seine Vorgänger*innen hingegen nicht geschafft haben. Es ist wahr. Allerdings muss auch gefragt werden: auf wessen Kosten? In Papua wurde die Transpapuastraße mit Unterstützung durch das Militär gebaut. Gleichzeitig ist das Militär das Kernproblem für Menschenrechtsverletzungen in Papua. Jokowi hat Papua mehrmals besucht und behauptet, dass die Transpapuastraße ein Projekt zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region sei. Die Papuas sind mittlerweile bereits daran gewöhnt, dass alle Pläne von oben kommen und sie nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Auch bei dem Projekt zur Transpapuastraße wurden sie vorher nicht ausreichend konsultiert. Doch wer profitiert von solchen Projekten? Die Menschen und die Eliten in der Hauptstadt?

Die letzten fünf Jahre haben bewiesen, dass die Einhaltung und die Förderung der Menschenrechte keine Priorität von Jokowi's Agenda sind. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass in solchen Situationen die Stärkung der Zivilgesellschaft immer die beste Handlungsoption ist. ♦

11 “Don’t Bother Just Let Him Die” Killing With Impunity in Papua. Amnesty International, 2018. In diesem Bericht dokumentiert Amnesty International insgesamt 69 Fälle widerrechtlicher Tötungen mit 95 Opfern zwischen Januar 2010 und Februar 2018.

Die aktuelle Menschenrechtssituation und der Schutz der indigenen Bevölkerung in den indonesischen Provinzen Papua und Westpapua

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten
Margarete Bause, Katja Keul, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN¹

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit den 1960er Jahren kommt es in den indonesischen Provinzen Papua und Westpapua immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Anhängern der Unabhängigkeitsbewegung und indonesischen Sicherheitskräften. Menschenrechtsorganisationen berichten von wiederkehrenden Fällen außergerichtlicher Tötungen, willkürlichen Verhaftungen, Folter sowie Verstößen gegen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit.² Menschenrechtsorganisationen beklagen seit Jahren die systematische Marginalisierung indigener Papua durch die indonesische Regierung, eine dramatische Veränderung der demographischen Lage zu Ungunsten der

indigenen Bevölkerung und die willkürliche Verletzung von Grundrechten.³

Amnesty International zufolge gab es zwischen Januar 2010 und Februar 2018 69 Fälle außergerichtlicher Tötungen durch Sicherheitskräfte, bei denen insgesamt 95 Personen getötet wurden. 85 der Opfer waren ethnische Papua. Die Menschenrechtsorganisation beklagt in diesem Zusammenhang ein besonders hohes Maß an Straflosigkeit und Nichtaufarbeitung durch die indonesischen Behörden.⁴

Im vierten Quartal 2018 häuften sich Berichte über politisch bedingte Festnahmen, Folter und Misshandlungen.⁵ So wurden im Dezember bei Demonstrationen gegen die indonesische Papua-

1 Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 7. Mai 2019 übermittelt.

2 www.hrw.org/news/2018/12/09/indonesia-papuan-militants-kill-17; International Coalition for Papua (2017): Human Rights in West Papua 2017; Amnesty International Indonesia (2018): Don't Bother, Just Let Him Die

3 www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2012/MR-Report_Nr._67_Landraub_bedroht_indigene_Voelker.pdf

4 Amnesty International Indonesia, 2018, „Don't Bother, Just Let Him Die“

5 www.humanrightspapua.org/images/docs/Human%20Rights%20Update%20West%20Papua%20January%202019.pdf ; www.gfbv.de/de/news/indonesien-zahl-der-willkuerlichen-verhaftungen-von-papua-dramatisch-gestiegen-8359/

Politik in ganz Indonesien mehrere hundert Personen festgenommen⁶. Im selben Monat wurden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zahlreiche Zivilisten und Zivilistinnen getötet und vertrieben.⁷ Auch im Januar 2019 kam es weiterhin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der West Papua Liberation Army und dem indonesischen Militär.⁸

Vor diesem Hintergrund überreichte Ende Januar 2019 ein Vertreter der „Vereinten Befreiungsbewegung für Westpapua“ (ULMWP) dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte eine, Berichten zufolge 1,8 Millionen Unterschriften starke, Petition, die das Selbstbestimmungsrecht für Papua einfordert.⁹

Trotz der problematischen Menschenrechtsslage in den Provinzen Papua und Westpapua genehmigte die Bundesregierung zwischen 2013 und 2017 wiederholt die Ausfuhr von Waffen- und Rüstungsexporten nach Indonesien, darunter über 100 Leopard-Panzer, über 50 Marder-Schützenpanzer sowie Klein- und Leichtwaffen und dazugehörige Munition (Berichte der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter der Jahre 2013 bis 2017).

1. *Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Menschenrechtsslage in den indonesischen Provinzen Papua und Westpapua? Auf welche Informationsgrundlagen stützt die Bundesregierung ihre Beurteilung?*
2. *Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Anzahl und das Gewaltmuster sowie die strafrechtliche Verfolgung außergerichtlicher Tötungen, Fällen von Folter und Fällen von Verhaftungen*

bei friedlichen Demonstrationen und Versammlungen in den Jahren 2016, 2017 und 2018 in den Provinzen Papua und Westpapua?¹⁰

3. *Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Anzahl ziviler Opfer bei gewalttätigen Angriffen durch die bewaffnete Unabhängigkeitsbewegung TPN-PB und indonesischer Sicherheitskräfte in den Provinzen Papua und Westpapua zwischen dem 1. Januar 2017 und dem 31. Dezember 2018?*
4. *Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Frage, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Arbeitsbedingungen von Journalisten, die über menschenrechtsrelevante Themen berichten, zu verbessern und die Einschränkungen für Berichterstattung zu Themen mit Auswirkungen auf Westpapua aufzuheben, einschließlich der Ankündigung, den Zugang zu Westpapua für ausländische Journalisten zu öffnen, die sie im Vorfeld des dritten Universal Periodic Review Indonesiens vor dem UN-Menschenrechtsrat im Mai 2017 einreichte, die heutige Situation von Menschenrechtsverteidigern und Menschenrechtsverteidigerinnen sowie Journalisten und Journalistinnen in Westpapua?*

Die Fragen 1 bis 4 werden zusammenfassend beantwortet.

Nach Kenntnis der Bundesregierung ist die aktuelle Menschenrechtsslage in den indonesischen Provinzen Papua und West-Papua nach wie vor angespannt.



6 www.gfbv.de/de/news/massenverhaftungen-von-papua-in-indonesien-9513/

7 <http://humanrightspapua.org/news/28-2018/400-update-on-military-operation-in-nduga-number-of-refugees-and-reported-fatalities-among-indigenous-civilians-rising>

8 www.crisisgroup.org/crisiswatch/january-2019#indonesia

9 <https://abcnews.go.com/International/wireStory/papuans-independence-petition-obstacles-60720095>

10 vgl. www.humanrightspapua.org/images/docs/HumanRightsPapua2017-ICP.pdf ; www.humanrightspapua.org/hrreport/quarterly-reports



Deutscher Bundestag (Foto: www.bundestag.de)

Die Bundesregierung stützt sich dabei auf übereinstimmende Einschätzungen indonesischer und internationaler Nichtregierungsorganisationen, Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger, Medien und unabhängiger Beobachter. Danach ist es bei Demonstrationen und anderen Kundgebungen wiederholt zu menschenrechtsrelevanten Vorfällen gekommen.

Zudem unterliegen nach Kenntnis der Bundesregierung die Arbeitsbedingungen von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern sowie Journalistinnen und Journalisten in West-Papua nach wie vor erheblichen Einschränkungen. Das trifft insbesondere auf ausländische Journalistinnen und Journalisten zu.

Die Bundesregierung befürwortet nachdrücklich die baldige Durchführung des mit der Regierung Indonesiens bereits vereinbarten Besuches der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen oder ihres Büros zur Überprüfung der Menschenrechtssituation in den Provinzen Papua und West-Papua.

5. Inwiefern sind der Bundesregierung Zugangsbeschränkungen zu den Provinzen Papua und Westpapua für ausländische Journalisten und Journalistinnen bekannt? Wenn solche bekannt sind, inwiefern setzt sich die Bundesregierung gegenüber der indonesischen Regierung dafür ein diese aufzuheben?

Der Bundesregierung ist kein generelles Zugangsverbot für ausländische Journalistinnen und Journalisten bekannt. Jedoch bestehen erhebliche Einreisehindernisse de facto fort. Die Beschränkungen werden teilweise mit Sicherheitsbedenken aufgrund der Präsenz bewaffneter Gruppen begründet.

Die Bundesregierung setzt sich in ihren Kontakten mit der indonesischen Regierung regelmäßig für die Einhaltung aller internationalen Menschenrechtsstandards ein. In diesem Rahmen setzt sie sich ebenfalls für die Ermöglichung des freien Zugangs und von Arbeitsmöglichkeiten auch für ausländische Journalistinnen und Journalisten ein.

6. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Situation einheimischer Papua-Journalisten und -Journalistinnen, und auf welche Art und Weise setzt sie sich gegenüber der indonesischen Regierung dafür ein, dass indigene Journalisten und Journalistinnen in Papua und Westpapua frei von Einschüchterungen, willkürlichen Verhaftungen und Todesdrohungen arbeiten können?

Der Bundesregierung liegen keine eigenen Erkenntnisse über die Arbeitsbedingungen speziell von einheimischen indigenen Journalistinnen und Journalisten in Papua und West-Papua vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

7. Welche Schritte hat die Bundesregierung in der Vergangenheit unternommen und welche unternimmt sie aktuell, um eine friedliche Konfliktbearbeitung des Westpapua-Konflikts zu fördern?

Die Bundesregierung unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen zur Konfliktbeilegung durch Dialogformate und Entwicklungsprojekte in den Provinzen Papua und West-Papua.

8. Inwiefern setzt sich die Bundesregierung bilateral für eine politische Lösung des Konflikts ein, und inwiefern unterstützt sie in diesem Zusammenhang einen umfassenden politischen Dialog aller Akteure ohne Vorbedingungen, wie nach Kenntnis der Fragestellungen zuletzt Ende Februar 2019 von vier Papua-Kirchen gefordert?

Die Bundesregierung erkennt die Zugehörigkeit der Provinzen Papua und West-Papua zur Republik Indonesien uneingeschränkt an und steht allen Initiativen wohlwollend gegenüber, die sich auf dieser Grundlage um Dialog und Konfliktbeilegung bemühen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

9. Inwiefern nutzt die Bundesregierung die Möglichkeit, in bilateralen Gesprächen mit der indonesischen Regierung auf die Menschenrechtsverletzungen in den Provinzen Papua und Westpapua hinzuweisen?

Die Bundesregierung setzt sich in ihren Kontakten mit der indonesischen Regierung regelmäßig für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards ein.

Beim EU-Menschenrechtsdialog mit Indonesien im Februar 2018 wurden auf Initiative der Bundesregierung wiederholt Menschenrechtsverletzungen in den Provinzen Papua und Westpapua eigens hervorgehoben und thematisiert.

Beim Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahren („Universal Periodical Review“/UPR) der Menschenrechtslage in Indonesien vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen am 3. Mai 2017 kritisierte die Bundesregierung unter anderem die Menschenrechtslage in Papua und Westpapua. Indonesien nahm die Empfehlung der Bundesregierung an, die Schulungs- und Verwaltungsanweisungen für Polizei und örtliche

Behörden zu verbessern und das Recht auf friedliche Versammlung in den Provinzen Papua und West-Papua zu gewährleisten.

10. Welche Auswirkungen hat die von Präsident Joko Widodo vorangetriebene Infrastrukturpolitik in Papua und Westpapua nach Kenntnis der Bundesregierung für die dort lebende indigene Bevölkerung, und in welcher Form setzt sich die Bundesregierung bilateral für eine umfassende Partizipation der indigenen Bevölkerung im Rahmen von Infrastruktur- und Landnutzungsprojekten in Papua und Westpapua ein?

Nach Kenntnis der Bundesregierung umfasst der Ausbau der Infrastruktur in Papua und West-Papua sowohl Transportprojekte als auch Investitionen in Elektrifizierung, in die schulische Infrastruktur und die Gesundheitsinfrastruktur. Es wird erwartet, dass hierdurch der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sowie der Marktzugang für entlegene Gebiete verbessert werden und dass Transport- und Produktionskosten sinken. Mittelfristig soll damit der allgemeine Lebensstandard steigen, wovon auch die indigene Bevölkerung profitieren dürfte.

Der Bundesregierung ist die Kritik von Zivilgesellschaftsvertreterinnen und Zivilgesellschaftsvertretern an Infrastrukturprojekten bekannt, wie auch der Umstand, dass es in der Vergangenheit zu Konflikten zwischen Baufirmen und indigenen Gruppen gekommen ist. Die Bundesregierung begrüßt daher den verstärkten Dialog und die Einbeziehung von lokaler und indigener Bevölkerung in Planung und Ausführung der Maßnahmen, wie er auch in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit praktiziert wird.

11. Finanziert die Bundesregierung aktuell Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in Papua und Westpapua (bitte nach Projektart, -umfang, zeitlichem Rahmen und implementierenden Organisationen aufschlüsseln), und wie gewährleistet die Bundesregierung die Partizipation der

indigenen Bevölkerung bei Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Papua und Westpapua?

Die staatlichen Durchführungsorganisationen Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Entwicklungsbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) waren bislang nicht in Papua und West-Papua aktiv.

Die Bundesregierung hat mit der indonesischen Regierung vereinbart, dass die Technische Zusammenarbeit Aktivitäten künftig auch in Papua und West-Papua zu den Themen Waldschutz, Biodiversität und Korruptionsprävention im Forstsektor aufnehmen wird. Dies betrifft die geplanten oder bereits in der Durchführung befindlichen Vorhaben der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) „Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption (KPK)“ (Laufzeit Januar 2019 bis Dezember 2021, Gesamtauftragswert drei Mio. Euro) und „Forests and Climate Change (FORCLIME)“ (Laufzeit Januar 2017 bis Dezember 2020, Gesamtauftragswert 11,94 Mio. Euro). Zur Frage der Partizipation der indigenen Bevölkerung wird auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

In der Finanziellen Zusammenarbeit ist die Finanzierung von Kleinwasserkraftwerken an den drei Standorten Amai, Orya und Kalibumi in der Provinz Papua geplant (Gesamtauftragswert von 115 Mio. Euro). Aus dem Titel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für private Träger wird die Nichtregierungsorganisation „OroVerde – Die Tropenwaldstiftung“ zum Schutz der Biodiversität und zur partizipativen Regionalentwicklung finanziert (Zuwendungshöhe 499 733 Euro). Nach derzeitiger Planung läuft das Projekt von Oktober 2017 bis Dezember 2020.

Über den zivilen Friedensdienst wird die Nichtregierungsorganisation „Peace Brigades International“ im Bereich der Stärkung von

Menschenrechten gefördert (aktuelle Laufzeit 2017 bis 2020; Zuwendungshöhe 875 404 Euro). Die Umsetzung erfolgt über lokale Nichtregierungsorganisationen und in direkter Zusammenarbeit mit der indigenen Bevölkerung.

Brot für die Welt und Misereor arbeiten im Rahmen der kirchlichen Zusammenarbeit in Papua und West-Papua an den Themen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Gendergerechtigkeit, gewaltfreie Konfliktlösung, politische Teilhabe der Zivilgesellschaft, Landwirtschaft und Landnutzung (jeweils über lokale Partner).

12. Inwiefern wird sichergestellt, dass marginalisierte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen in von der Bundesregierung finanzierten Vorhaben besonders berücksichtigt und in die Umsetzung einbezogen werden?

In den von der Bundesregierung finanzierten Vorhaben wird sichergestellt, dass lokale und indigene Bevölkerungsgruppen als Zielgruppe sowie als Umsetzungspartner im Zentrum der laufenden und geplanten Aktivitäten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Papua und West-Papua stehen. Die Auswirkungen der Projekte auf die Lebensumstände der indigenen Bevölkerungsgruppen finden in Konzeption und Berichterstattung besondere Berücksichtigung.

Im Fall der genannten GIZ-Vorhaben (siehe Antwort zu Frage 11) geht den geplanten Aktivitäten eine umfassende Konflikt- und Menschenrechtsanalyse voraus, die insbesondere auf die Belange marginalisierter und diskriminierter Bevölkerungsgruppen eingeht.

13. Welche Bemühungen kann die Abteilung für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung des Auswärtigen Amts grundsätzlich unternehmen, um Einfluss auf die potenzielle Gewalteskalation bei Konflikten wie dem in Westpapua auszuüben, und welche konkreten Maßnahmen seitens der Abteilung S finden derzeit statt?



Die Bundesregierung genehmigte die Lieferung von Waffen- und Rüstungsexporten nach Indonesien, darunter 100 Leopard-Panzer (Foto: <http://indo-defense.blogspot.com>)

Wenn eine grundsätzliche Gesprächsbereitschaft gegeben ist, können mittels Förderinstrumenten der Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge im Auswärtigen Amt Maßnahmen zur friedlichen Konfliktbeilegung durch Dialog und Mediation eingesetzt werden. In Westpapua bestehen derzeit keine solchen Maßnahmen.

14. Inwiefern werden hier die potenziellen Naturkatastrophen wie Erdbeben bei der Planung und Durchführung von Projekten, die mit deutschen Geldern finanziert werden, berücksichtigt?¹¹

Die Risiken potenzieller Naturkatastrophen werden stets bei der Durchführung von mit deutschen Geldern finanzierten Projekten berücksichtigt.

15. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über den Einsatz und Verbleib von Kriegswaffen – insbesondere Klein- und Leichtwaffen – durch das indonesische Militär gegen Zivilisten und Zivilistinnen

in Papua und Westpapua, und wie kann sie ausschließen, dass von Deutschland gelieferte Waffen illegal in Umlauf gebracht werden?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 16 verwiesen.

16. Gibt es in Indonesien Regionen, die von der Ausfuhrgenehmigung für deutsche Rüstungsgüter – inklusive Klein- und Leichtwaffen – ausgenommen sind, und wie gewährleistet die Bundesregierung, dass die gelieferten Waffen tatsächlich in den in der Endverbleibserklärung festgelegten Regionen bleiben, und welche Konsequenzen zieht sie aus den aus anderen Fällen bekannten Schwierigkeiten (z. B. Heckler & Koch in Guerrero, Mexiko), dies effektiv zu kontrollieren?

Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik. Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die

¹¹ www.straitstimes.com/asia/se-asia/earthquake-strikes-near-indonesian-town-of-jayapura-usgs

Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen. Grundlage hierfür sind die rechtlichen Vorgaben des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG), des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) sowie die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000, der „Gemeinsame Standpunkt des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ und der Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty). Die Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland spielt bei der Entscheidungsfindung eine hervorgehobene Rolle.

Die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung wird grundsätzlich von der Vorlage einer sog. Endverbleibserklärung des Endverwenders abhängig gemacht. In dieser hat der Empfänger des Rüstungsgutes zu versichern, dass er der Endverwender ist. Zudem versichert der Endverwender darin, dass er die Rüstungsgüter nicht ohne Zustimmung der Bundesregierung re-exportiert (sog. Re-Exportvorbehalt).

Die Endverbleibserklärung ist nicht die einzige Grundlage der Genehmigungsentscheidung. Diese ist regelmäßig das Resultat einer der international geübten und vereinbarten Praxis entsprechenden umfassenden ex-ante Prüfung, in deren Rahmen alle Angaben zum Endverbleib, zur Endverwendung und zum Endverwender bewertet werden. Bestehen Zweifel am gesicherten Endverbleib der Rüstungsgüter, wird eine Ausfuhrgenehmigung grundsätzlich nicht erteilt. Maßgeblich für die Entscheidung über die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für Klein- und Leichtwaffen sind zudem die im März 2015 durch die Bundesregierung beschlossenen „Grundsätze für die Ausfuhr von Kleinen und Leichten Waffen, dazugehöriger Munition

und entsprechender Herstellungsausrüstung in Drittländer“ (sog. Kleinwaffen Grundsätze), mit denen die Regelungen für Kleinwaffenexporte verschärft wurden. Kleinwaffen stehen zudem im Fokus der ergänzend dazu – zunächst für eine zweijährige Pilotphase – eingeführten sog. Post-Shipment-Kontrollen, d. h. Kontrollen, die deutsche Stellen nach der Lieferung von unter anderem Kleinen und Leichten Waffen beim jeweiligen staatlichen Empfänger vor Ort durchführen können.

Ausfuhrgenehmigungen nach Indonesien werden nicht auf bestimmte Regionen des Landes beschränkt.

17. Hat die Bundesregierung seit der pilotmäßigen Einführung im Juli 2015 Post-Shipment-Kontrollen in den Provinzen Papua und Westpapua veranlasst, und wenn nein, warum wurden in den Provinzen Papua und Westpapua noch keine Post-Shipment-Kontrollen durchgeführt?

Die Bundesregierung legt den Ort von Post-shipment-Kontrollen in Abstimmung mit dem Empfängerstaat fest. Die im Januar 2019 in Indonesien durchgeführte Kontrolle, die nicht in Papua oder Westpapua stattfand, ergab keine Beanstandungen.

18. Inwiefern unterstützte die Bundesregierung in den letzten fünf Jahren indonesische Sicherheitskräfte (Polizei und Militär) durch Training, Equipment oder anderweitig (bitte aufgeschlüsselt nach Maßnahme, jeweiligem finanziellem und personellem Umfang sowie zeitlichem Rahmen angeben)?

Der parlamentarische Informationsanspruch ist grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt. Die Bundesregierung ist hier jedoch nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass im Hinblick auf das Staatswohl eine Beantwortung von Teilen dieser Frage nicht in offener Form erfolgen kann. Die Informationen sind bei einer Veröffentlichung dazu geeignet, für die Interessen sowohl ausländischer als auch deutscher Streitkräfteeinrichtungen



Indonesische Soldaten posieren in Lanny Jaya, Westpapua (Foto: <https://freewestpapua.wordpress.com/>)

und -angehöriger nachteilig zu sein. Die Veröffentlichung dieser Informationen berührt das Sicherheitsinteresse Indonesiens, deren Bekanntwerden könnte zu einer Beeinträchtigung der bilateralen Beziehungen führen. Die entsprechenden Informationen können daher auch unter Abwägung der Bedeutung des parlamentarischen Fragerechts nur mit der Einstufung als „VS – Nur für den Dienstgebrauch – Nur Deutschen zur Kenntnis“ übermittelt werden.¹²

Hinsichtlich der Unterstützung des Bundeskriminalamtes der indonesischen Sicherheitskräfte im Rahmen der Polizeilichen Aufbauhilfe wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die quartalsmäßigen Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. zu Polizei- und Zolleinsätzen im Ausland (zuletzt auf Bundestagsdrucksache 19/8783) verwiesen.

19. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über den Status der Umsetzung der zwischen der Rheinmetall AG und dem indonesischen

12 Das Auswärtige Amt hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch – Nur Deutschen zur Kenntnis“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

*Waffenproduzenten PT Pindad im August 2014 unterzeichneten Memorandum of Understanding zur Errichtung einer Produktionsstätte für Munition in Indonesien?*¹³

Der Bundesregierung liegen keine über die Medienberichterstattung hinausgehenden Erkenntnisse vor.

20. Welche nationalen Gesetze ermöglichen der Bundesregierung, die Internationalisierung der Munitionsproduktion durch deutsche Firmen zu untersagen, wenn Rüstungsunternehmen Ausfuhrgenehmigungen umgehen, indem sie nicht den Export von Herstellungstechnologie für Rüstungsgüter, sondern lediglich technische bzw. personelle Unterstützung zur Entwicklung oder dem Bau von Rüstungsgütern im Ausland bereitstellen?

Sowohl der Export von Rüstungsgütern als auch der Export entsprechender Technologie werden bereits streng kontrolliert und sind nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) genehmigungspflichtig. Ergänzend sieht § 50 AWV unter bestimmten Voraussetzungen eine Genehmigungspflicht für die Erbringung technischer Unterstützung im Zusammenhang mit einer militärischen Endverwendung vor. Die Vorschriften sind zusammen zu betrachten, da die technische Unterstützung einen für die Herstellung von Rüstungsgütern notwendigen Technologietransfer nicht ersetzen kann. Definition und Umfang der Regelungen zur technischen Unterstützung im deutschen Außenwirtschaftsrecht (§ 2 Absatz 16 des Außenwirtschaftsgesetzes [AWG], §§ 49 ff. AWV) beruhen auf EU-weit einheitlichen Vorgaben (Gemeinsame Aktion des Rates 2000/401/GASP vom 22. Juni 2000). ♦

13 www.defenceweb.co.za/industry/industry-industry/rheinmetall-and-pindad-sign-indonesia-ammunition-deal/?catid=7%3AIndustry&Itemid=116

Bewaffneter Konflikt in Nduga Sicherheitslage bleibt weiter angespannt

von der International Coalition for Papua (ICP)



Zivilisten aus Nduga auf der Flucht (Foto: Elisa Sekenyap)

Am 2. Dezember 2018 tötete eine Einheit der *Nationalen Befreiungsarmee Westpapas* (TPN-PB) unter der Führung des Widerstandskämpfers Egianus Kogeya 19 Bauarbeiter, die im Landkreis Nduga am Bau der Trans-Papua-Straße beteiligt waren. Die Regierung Indonesiens reagierte mit ausgedehnten Sicherheitseinsätzen um

in aller Härte gegen die Täter vorzugehen. Sechs Monate nach dem Attentat bleibt die Sicherheitslage im Landkreis Nduga weiterhin angespannt. Nach bisherigen Angaben kamen zwischen dem 4. Dezember 2018 und Ende April 2019 mindestens 107 Zivilisten ums Leben – sie starben auf der Flucht oder durch direkte Gewalteinwirkung bei militärischen Einsätzen. Der Zugang zum Landkreis Nduga bleibt weiterhin starken Einschränkungen unterworfen. Menschenrechtsverteidiger fordern deshalb von der Regierung die Zugangsbeschränkungen für Menschenrechtsbeobachter und Journalisten aufzuheben um Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen vor Ort untersuchen und zeitnah dokumentieren zu können.

Auslöser und Hintergründe der Gewalteskalation

Nach derzeitigem Kenntnisstand gab es mehrere Auslöser welche zur Ermordung der Bauarbeiter führten. Einerseits soll der verantwortliche Projektleiter der Baufirma PT Istaka Karya, Joni Arung, sich nicht an eine Vereinbarung mit der TPN-PB gehalten haben. Die Abmachung sah vor, dass die Bauarbeiten zwischen dem 24. November und 1. Januar eingestellt werden, und sämtliche Arbeiter in die Stadt Kenyam zurückkehren sollten.

Darüber hinaus soll Joni Arung während eines Gottesdienstes heimlich Fotos von Egianus Kogeya und anderen TPN-PB Kämpfern

gemacht haben. Am 1. Dezember 2018 kamen der Projektleiter und einer seiner Mitarbeiter zu einem Gottesdienst der KINGMI Gemeinde *Wuridkal*, wo TPN-PB Guerillakämpfer zusammen mit den Dorfbewohnern ein Schwein geschlachtet hatten. Der Bauleiter soll dabei heimlich Fotos von den Kämpfern gemacht haben. Als die TPN-PB-Mitglieder von den Dorfbewohnern erfuhren, dass Joni Arung Fotos von ihnen gemacht hatte, konfiszierten sie das Mobilfunkgerät und befragten den Bauleiter zu dem Inhalt von Textnachrichten und Fotos die auf dem Handy gespeichert waren. Egianus Kogeya verdächtigte Joni Arung und die Arbeiter daraufhin verdeckt für das Militär zu arbeiten und gab den Befehl alle PT Istaka Karya Mitarbeiter fest zu nehmen. Die Widerstandskämpfer nahmen sämtliche Arbeiter in ihrem Basecamp gefangen und brachten diese zum Kabo-Berg. Dort sollen sie die Arbeiter einzeln befragt und dann mindestens 17 von ihnen getötet haben.

Militäreinsätze im Landkreis Nduga

Am 4. Dezember 2018 starteten indonesische Sicherheitskräfte Angriffe mit Bodentruppen und vier Militärhubschraubern auf verschiedene Dörfer in Nduga. Augenzeugen behaupten, dass ein Hubschrauber Explosivgeschosse abgeworfen haben soll, während die anderen Hubschrauber verschiedene Ziele – darunter auch mehrere Dörfer – mit großkalibrigen Maschinengewehren unter Beschuss nahmen. Derartige Abwürfe soll es im Distrikt Mbuwa, unter anderem in den Dörfern Ditbobo und Opmo gegeben haben. Bisher ist unklar, welche Explosivgeschosse verwendet wurden. Militärische Experten, denen die Bilder von Granathülsen und Verletzungen der Opfer gezeigt wurden, gaben an, dass es sich bei den Explosivgeschossen um weißen Phosphor gehandelt haben könnte - eine chemische Waffe, die gemäß internationalen Richtlinien nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden darf. Die Vorwürfe konnten bisher nicht weiter bestätigt werden. Die Kampfeinsätze wurden zunächst bis zum 10.



Zivilisten aus Nduga auf der Flucht (Foto: Elisa Sekenyap)

Dezember 2018 in den Distrikten Yal, Yigi, Nirkuri, Nitkuri, Mbuwa and Mbulmuyalma fortgesetzt. Bei den Angriffen wurden sieben indigene Papuas durch direkte Gewalteinwirkung getötet und weitere zwei verletzt.

Am 13. Dezember 2018 gelang es einem Rettungsteam bestehend aus lokalen Regierungsvertretern und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren, mehrere Leichen von Zivilisten zu bergen und mit Augenzeugen zu sprechen. Das Team fand die Leichen von zwei Dorfbewohnern namens Nison Umangge und Mianus Elokberere. Beide Opfer waren 18 Jahre alt und wurden bei Hubschrauberangriffen am 4. Dezember 2018

getötet. Ein Dorfbewohner namens Yarion Kogoya starb während eines Angriffs im Bezirk Dal an einem Herzanfall. Mehrere indigene Dorfbewohner gaben an, Soldaten hätten die Dorfbewohner bedroht und einige von ihnen wurden gezwungen, die Haare abzuschneiden. Das Team fand einen verletzten Dorfbewohner namens Mentus Nimiange, der am 16. Dezember 2018 infolge einer Schussverletzung starb. Im Distrikt Mbulmuyalma wurden fünf Personen vermisst gemeldet, darunter zwei Minderjährige.

Die bisherig dokumentierten Daten von Opfern weisen darauf hin, dass sich die militärischen Interventionen ab Mitte Dezember in die Distrikte Mapenduma, Kagayem, Mugi und Innik Ngal verlagerten. Die höchste Zahl der verletzten bzw. getöteten Zivilisten in diesem Zeitraum wurde aus dem Distrikt Mapenduma gemeldet. Am 19. Dezember 2018 sollen indonesische Soldaten im Distrikt Mapenduma einen indigenen Pfarrer namens Gemin Nirigi getötet haben. Zeugen sahen wie Soldaten ein großes Feuer hinter seinem Haus entzündeten in dem der Leichnam verbrannt worden sein soll. Das Bergungsteam fand die Überreste von verbrannten Knochen hinter Gemin Nirigis Haus.

Neben dem Bergungsteam ist es einem Team von Ärzten und medizinischen Mitarbeitern der lokalen Gesundheitsbehörde in Nduga gelungen, erste Hilfe für die Bevölkerung vor Ort zu leisten und die Zahl der indigenen Opfer in Nduga zu dokumentieren. Ausgehend von den Berichten beider Teams, wurden bis April 2019 15 indigene Papuas durch Gewalteinwirkung getötet. Weitere 83 indigene Dorfbewohner starben an Krankheit, Unterernährung und mangelndem Zugang zu medizinischer Versorgung auf der Flucht. Menschenrechtsverteidiger berichteten von einem weiteren Fall einer außergerichtlichen Tötung, bei der eine indigene Frau am 4. Juli

2019 von Sicherheitskräften erschossen worden sein soll, während sie Süßkartoffeln in einem Garten erntete. Es gibt keine Information über den Verbleib ihres Babys, welches sie bei der Gartenarbeit in einer traditionellen Netztasche auf dem Rücken trug.

Die Mitglieder des Bergungsteams dokumentierten die Nutzung einer lokalen Klinik in Mapenduma als Militärposten. Darüber hinaus sollen sämtliche ärztliche Hilfsmaßnahmen in mehreren Distrikten unter der strengen Aufsicht von Soldaten erfolgt sein. Die Anwesenheit von Sicherheitskräften in Gesundheitseinrichtungen verhindert, dass kranke und verletzte Opfer Gebrauch von den humanitären Maßnahmen machen. Ein Großteil der indigenen Bevölkerung in Nduga ist aufgrund von vergangenen und gegenwärtigen Militäroperationen traumatisiert und fürchten Mitglieder der Polizei und des Militärs.

Trotz der humanitären Krise bleibt der Landkreis Nduga weiterhin von Sicherheitskräften abgeriegelt, was eine genauere Untersuchung der dortigen Vorfälle bisher verhinderte.

Militäreinsätze lösen Flüchtlingswelle aus

Die Militärschläge führten dazu, dass viele Bewohner ihre Dörfer verließen und in umliegende Landkreise flüchteten. Mindestens dreizehn Distrikte im Landkreis Nduga sollen von dem Militäreinsatz betroffen sein, nämlich die Distrikte Mbuwa, Dal, Mbulmuyalma, Mapenduma, Yigi, Nirkuri, Kageam, Paro, Mebarok, Gesekema, Jengelo, Amala und Kilimid. 407 Vertriebene hatten nach den ersten Angriffen Anfang Dezember im Distrikt Kuyawagi Unterschlupf gesucht.¹ Mehrere tausend indigene Dorfbewohner flüchteten aus Angst vor Gewalttaten bei Sicherheitseinsätzen in die Bezirke Kenyam, Komoroam, Yuguru

1 Benar News (31.12.2018): Ratusan Warga Nduga yang Mengungsi Butuh Makanan, abrufbar unter <https://www.benarnews.org/indonesian/berita/warga-nduga-kelaparan-12312018151159.html>



Granathülsen von Waffen, bei denen es sich möglicherweise um chemische Waffen gehandelt hat (Foto: Elisa Sekenyap)

im Landkreis Nduga. Ein wesentlicher Teil der Vertriebenen flüchtete nach Wamena wo sie vorübergehend bei Verwandten unterkamen oder sich Notunterkünfte einrichteten. Nach Angaben von Vertriebenen verstecken sich Flüchtlinge weiterhin in Kleingruppen im Dschungel, wo sie in provisorischen Unterständen leben. Die Männer verlassen die Lager nur bei Nacht, um in ihren Gärten Süßkartoffeln und Taro zu sammeln und kehren vor Sonnenaufgang zu ihren Familien zurück.

Unter den vertriebenen Flüchtlingen befinden sich viele Frauen und Kinder. Sie sind besonders von den erschwerten Lebensbedingungen durch die Vertreibung betroffen. Unterkühlung, Unterernährung und kein Zugang zu medizinischer Versorgung haben zu zahlreichen Todesopfern geführt. Die Statistik zeigt, dass 83 vertriebene Papuas aus Nduga bis April

2019 während der Flucht ums Leben kamen – 52 davon waren Frauen bzw. Mädchen und 33 Todesopfer waren Minderjährige oder Neugeborene. Unter den Toten befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand 28 Frauen die während oder kurz nach der Geburt eines Kindes starben. In mehreren Fällen hatte der Tod der Mutter auch den Tod des Neugeborenen zur Folge. Die Frauen waren gezwungen bei erschwerten mentalen, physischen und klimatischen Umständen ohne jeglichen Zugang zu medizinischer Versorgung zu gebären.

Situation von Vertriebenen im Landkreis Jayawijaya

Mehr als 2.000 Flüchtlinge aus Nduga suchten im benachbarten Landkreis Jayawijaya

Zuflucht.² Menschenrechtsverteidiger gehen davon aus, dass die Zahl aller Vertriebenen weitaus höher ist. Viele vertriebene Familien bauten in der Hochlandstadt Wamena Notunterkünfte in den Bezirken Wouma, Ilekma, Hom-Hom and Welesi. Eine Gruppe von Lehrern, ehrenamtlichen Helfern und Nichtregierungsorganisationen riefen in Wamena daraufhin eine Solidaritätsinitiative ins Leben, um vertriebenen Familien aus Nduga zu helfen.

Am 8. Februar 2019 errichteten die freiwilligen Helfer eine provisorische Schule für 613 Kinder, die aus ihren Dörfern in Nduga geflüchtet waren.³ Die Schule diente zugleich als Verteilungszentrum von Grundnahrungsmitteln für vertriebene Familien. Die lokale Bildungsbehörde des Landkreises Nduga versuchte offizielle Genehmigungen für die temporäre Einrichtung zu beantragen. Regierungsbehörden aus Jayawijaya nahmen die Flüchtlingskrise in Wamena wahr, verhielten sich aber zurückhaltend. Einige Vertreter begutachteten die Schule, unternahmen bis Ende Februar jedoch keine Maßnahmen um die Solidaritätsinitiative aktiv zu unterstützen. In einem kurzen Lagebericht vom Februar 2019 gaben die ehrenamtlichen Helfer an, dass es den Vertriebenen an Grundnahrungsmitteln, Medikamenten, Kleidung und Ausrüstung für Hygiene und Wasserreinigung mangelt.⁴

Dem Bericht zufolge wurden Mitglieder der Solidaritätsgruppe mehrfach von Sicherheitskräften eingeschüchert. Zwischen 10. und 14. Februar 2019 sollen Polizeibeamte und Soldaten mehrfach versucht haben, sich

unbefugten Zugang zur Schule zu verschaffen. Die Helfer konnten die Sicherheitskräfte allerdings daran hindern die schulischen Aktivitäten zu stören. Viele der vertriebenen Kinder sind aufgrund der Erlebnisse während der Militäroperation traumatisiert worden und haben Angst vor Mitgliedern des Militärs und der Polizei.

Am 15. Februar 2019 lud der Kommandant des 1702 Jayawijaya Militärkommandos mehrere zivilgesellschaftlichen Akteure zu einem Gespräch ein, die die Hilfsinitiative ins Leben gerufen hatten. Bei dem Gespräch soll der Kommandant die Helfer dafür gerügt haben die improvisierte Schule einzurichten. Er argumentierte, dass mehrere Distrikte im Landkreis Nduga sicher seien und die Schule zu viel Aufmerksamkeit auf die Situation in Nduga lenken würde. Der Kommandant schlug daraufhin vor, die Kinder vorübergehend in staatliche Schulen in Wamena einzuschulen und dann zurück in den Landkreis Nduga zu bringen, wo sie im Distrikt Kenyam zur Schule gehen könnten.⁵

Mitglieder einer internationalen ökumenischen Delegation unter der Leitung des Weltkirchenrates (WCC) sprachen mit Vertriebenen aus dem Landkreis Nduga und besuchten die provisorische Schule in Wamena am 18. Februar 2019.⁶ Eine lokale Nichtregierungsorganisation nutzte das Treffen, um der Delegation eine Petition zu überreichen die von 906 Vertriebenen aus Nduga unterzeichnet wurde und die dortigen militärischen Interventionen verurteilt. ♦

2 BBC Indonesia (01.03.2019): Buntut penembakan pekerja di Nduga, 2.000 orang mengungsi ke Wamena, Papua, abrufbar unter <https://www.bbc.com/indonesia/indonesia-47411590>

3 YouTube Video der Schule und Unterrichtsaktivitäten abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=bwsgzjpFuXE> und <https://www.youtube.com/watch?v=hiya2hHuUBQ>

4 Voluntary Solidarity Team for Refugees from Nduga (04.03.2019): Sekolah Darurat untuk Pengungsi Nduga: Update Situasi dan Harapan Solidaritas

5 Ibid.

6 Weltkirchenrat WCC (25.02.2019): Papua human rights situation, religious freedom, focuses of WCC delegation visit to Indonesia, abrufbar unter <https://www.oikoumene.org/en/presscentre/news/papua-human-rights-situation-religious-freedom-focues-of-wcc-delegation-visit-toindonesia>

Zwanzig Jahre *reformasi*, zwanzig Jahre Militär

Wo steht das indonesische Militär heute?

von Dr. Ingo Wandelt

R*eformasi* brach los im Mai 1998. Die indonesische Volksbewegung mit ihren zwei Richtungen: gegen Suharto und seine militärgestützte Herrschaft, für ein neues, demokratisches, besseres Indonesien. Es war es eine Revolution, die auch bei uns fast hautnah verfolgt werden konnte. Das Internet und neue Medien, wie die damals populären Emaillisten, ließen uns die Vorgänge dort zeitnah, fast

zeitgleich verfolgen. Der Sturz Suhartos, oder korrekter: sein Rücktritt von Amt des Staats- und Regierungschefs, war lange vorhergesehen worden, aber als er dann passierte, war er eine Überraschung. Lange, allzu lange waren Indonesien, Suharto und sein Regime ein und dasselbe erschienen. Eine bleierne Zeit.

Suhartos Rücktritt veränderte die politische und soziale Lage Indonesiens. Besonders die





Präsident Soeharto verliest seine Rücktrittserklärung am 21. Mai 1998 (Foto: Büro des Vize-Präsidenten der Republik Indonesien)

sicherheitspolitische Lage. Das Militär hielt alle Zügel von Macht, Sicherheit (des Regimes) und Kontrolle in den Händen, und das seit über drei Jahrzehnten. Bedeutete der nicht mehr an den Hebeln der Macht sitzende Suharto auch ein Verschwinden des Militärs? Zumindest war dies ein gemeinsames Ziel aller reformistischen Kräfte: Suharto weg, und Militär weg!. Ist es heute, zwei Jahrzehnte darauf, dazu gekommen?

Was das Militär betrifft, so waren die Veränderungen, die ab 1999 eintraten, schon beachtlich. Viele kleine, häufig ultrakurze Schritte kamen zusammen und schienen alle in die gewünschte Richtung zu deuten. Um das Ende bereits vorweg zu nehmen, so war für mich als damals intensiver Beobachter der *reformasi militer*, das eigentliche Ende der eingeleiteten demokratischen Evolution erreicht im Juni / Juli 2010. Seinerzeit unterzeichneten die Vereinigten Staaten von Amerika ein *Memorandum*

of Understanding, d.h. einen Vertrag über militärisch-sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den USA und der Regierung Indonesiens. Damit war eine Langzeitphase der politischen Isolation oder indonesischen Armee – seinerzeit ABRI – zu ihrem Abschluss gekommen. Wir erinnern uns: am 12. November 1991 schossen indonesische Soldaten im von Indonesien besetzten Osttimor in der Stadt Dili auf unbewaffnete Demonstranten, die in der Folge sich auf den Friedhof Santa Cruz flüchteten. Die Truppen kreisten den Platz ein und schossen gezielt auf die Demonstranten. Wie viele erschossen, verwundet oder zu Schaden kamen, blieb ungezählt. Es waren Hunderte von Osttimoresen. In der politischen Folge verhängten die USA, und mit ihr ihre westlichen Verbündeten und eigentlich alle waffenproduzierenden Staaten der Welt, ein totales Waffen- und Rüstungsembargo gegenüber der ABRI und Indonesien. Dieses Embargo endete also Mitte 2010, fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit. Für mich ein Zeichen, dass mit dem Ende des politischen Drucks auf das Militär auch die *reformasi militer* beendet sein würde. Meine Vermutung erwies sich schließlich als korrekt.

Jakarta, 12. Mai 1998: Zusammenstoß zwischen Sicherheitskräften und Studierenden der Universität Trisakti, die gegen die Herrschaft Soehartos demonstrieren. Vier Studenten wurden erschossen. (Foto: Verteidigungsministerium der Republik Indonesien)



Das indonesische Militär im Einsatz (Foto: Kabinettssekretariat der Republik Indonesien)

Militärreform: was wurde umgesetzt

ABRI, die „Streitkräfte der Republik Indonesien“, bestanden seit den frühen 1960er Jahren, mithin noch aus der Zeit Präsident Suhartos, aus vier Teilstreitkräften: Heer, Marine, Luftwaffe und die Polizei (Polri). Sie war niemals eine professionelle Armee. Ihr eigentlicher Auftrag bestand im Schutz des politischen Regimes und der *counterinsurgency* (CI), Aufstandsbekämpfung, d.h. gewaltsame Unterdrückung von Protest in der zivilen Gesellschaft oder diverser Formen von Aufständen. Die Landesverteidigung, d.h. die Verteidigung des Staates gegenüber äußeren Feinden, wurde, auch wegen de facto Mangels an solchen, durch die Pax Americana, die militärische Dominanz der USA und ihrer Streitkräfte im Großraum des Pazifiks übernommen. Die ABRI versäumte es darüber, sich zu einer professionellen Armee zu entwickeln. Diese militärische Seite sah die Militärführung mit der *reformasi* als zu

adressieren. Der eigene Slogan lautete: *back to the barracks*, zurück in die Kasernen und heraus aus dem sich Einmischen in die politischen und sozialen Angelegenheiten der Bevölkerung. Zurück zu einem „richtigen“ Militär

Als dualer Bestandteil der Dwifungsi, der Doppelfunktion der ABRI, war Sospol, „Sozio-Politik“ resp. die Kontrolle aller sozialen und politischen Angelegenheiten von Staat und (Zivil-)Gesellschaft, eine militärische Kernaufgabe. Militärs saßen in allen Parlamenten, mit festen Kontingenten und unabhängig von Wahlergebnissen, in der Führung von Provinzen, Gemeinden, Städten, Staatsbetrieben und Plantagen. Das Militär war eine Kaste für sich, die privilegierte Elite ihres Landes. 1999 verlies das Militär Sospol, was schlagartig Hunderte von Offizieren arbeitslos machte, oder für die ein anderer Posten gesucht werden musste. Militär sollte / wollte nicht mehr die Bevölkerung stören. Politik wurde im Militär zum Schimpfwort und etwas, von dem man

sich (zumindest öffentlich) distanzierte. Auch bei den Wahlen verordnete die Militärführung ihren Angehörigen politische Abstinenz: keine Teilnahme an Wahlen! Weder passiv – Teilnahme an der Stimmabgabe – noch passiv – sich zur Wahl stellen. Stattdessen das propagierte Konzentrieren auf die eigentliche Aufgabe: die Landesverteidigung.

Organisatorisch-strukturell trennten sich die drei Streitkräfte von der Polizei (Polri) und wurden TNI (Tentara Nasional Indonesia, Nationale Indonesische Streitkräfte). ABRI wurde liquidiert. Die Polri wurde der Führung des Präsidenten unterstellt, die TNI führt sich seither über ihren Führungsstab. Wichtig war die Aufwertung des Verteidigungsministeriums (Kemhan), geführt vom Minister der Verteidigung, der dem Ministerkabinett angehört und ein Zivilist sein soll. Dem Kemhan untersteht das Militärbudget. So erhalten alle Soldaten seither ihren Sold vom Ministerium (vormals vom Kommandeur ihrer Truppe), und das Ministerium erledigt alle Rüstungs- und Waffenkäufe. Ebenso managt es die Aus- und Weiterbildung der Truppe.

Seitdem besitzt das Militär mit der Polizei einen Konkurrenten im Sicherheitssektor, die eine gedachte (und heute wenig wahrscheinliche) Rückkehr zur Militärdiktatur erschwerte. Die Staatsführung verfügt mittels des Kemhan über einen gewissen Einfluss auf die militärischen Geschicke, der aber begrenzt ist. Nach wie vor kontrolliert und führt das Militär (TNI) sich und seine Truppen selbst. Der Präsident vermag als Oberbefehlshaber der TNI (vergleichbar dem US-Präsidenten) einen Truppeneinsatz anzuordnen. Wie der allerdings erledigt wird, obliegt allein der TNI. Militärische Angelegenheiten sind Sache des Militärs.

Reformasi hat wenig daran geändert. *Back to the barracks* ging einher mit dem Errichten hoher Mauern, hinter die kaum ein Zivilist zu sehen vermag. Auch die Demokratie hat diese Mauern nicht überwinden können. Das Militär besitzt eine eigene Gerichtsbarkeit, und der Vorgesetzte herrscht mittels Befehl und Gehorsam. Der

Soldat ist unbedingter Untergebener und kein demokratischer (Mit-)Bürger.

Der Auftrag der Landesverteidigung und die organisatorische Abtrennung der Polizei vom Militär adressiert auch die Aufgabe des Auftrages zur Wahrung der inneren Sicherheit, wie er unter der ABRI noch zum militärischen Portfolio zählte. Über die Assoziationskette der Separatismusbekämpfung oder des (bewaffneten) politischen Widerstands besteht er fort. So in Westpapua. Der Militäreinsatz dort wäre eigentlich reine Polizeiangelegenheit, da keine Außenbedrohung vorliegt. Die TNI vollzieht dort nichts anderes als die *counterinsurgency* der Tage, die eigentlich vorüber sein sollten. Auch andere Aufgaben, die das Militär an sich zieht, gehören nicht zu Militär: die Bekämpfung des Terrorismus und auch zivile Aufgaben wie Straßenbau und Regionalentwicklung, Katastrophenschutz und Katastrophenfolgebekämpfung. Sie werden indigene Militäraufträge integriert als „Militärische Operationen andere als Krieg“ und sind Fortführungen vormals ziviler Aufgaben, die unter der ABRI *Operasi Bhakti* hießen. *Sospol* ist nicht aufgegeben, und mit kleinen Schritten ist die TNI eifrig dabei, verlorenes Aufgabenterrain für sich zurückzugewinnen.

Militärreform: was nicht geleistet wurde

Nach wie vor, und mehr denn je, finanziert sich das indonesische Militär nicht über einen staatlichen Militärhaushalt. Eine der Hauptforderungen der *reformasi militer* war es, den Anteil der außerbudgetären Finanzierung zu reduzieren, möglichst gegen Null. Das Gegenteil ist erreicht worden.

Das bereits angesprochene Ministerium der Verteidigung in Jakarta, Kemhan (Kementerian Pertahanan) verwaltet und managt den offiziellen staatlichen Teil des Militärhaushalts. Das Parlament verfügt über eine Kontrollfunktion. Wichtig ist dieses transparente Budget für die staatlichen



Indonesische Soldaten im Hochland Westpapas (Foto: The Asia-Pacific Journal)

Aufwendungen für Personal, Ausbildung und Beschaffungen. Letzteres bezieht sich auf einheimische wie internationale Einkäufe von Waffen und Rüstungsmaßnahmen, die u.a. mit international konvertibler Währung erfolgen. Informelle Einnahmen des außerbudgetären Finanzsektors generieren sich in Landeswährung und erlauben keine internationalen Einkäufe. Dieser Beschaffungssektor hat sehr an Transparenz gewonnen, obwohl er weiterhin als korruptionsanfällig gilt.

Der Tageshaushalt fast aller militärischer Truppenteile und Einrichtungen ist, wie früher, von eigenen Wirtschaftsaktivitäten abhängig. Viele vor-*reformasi* Militärunternehmen sind geschlossen worden. Es verbleiben jedoch eine Vielzahl von Einnahmequellen über informelle Aufträge für außermilitärische Auftraggeber. Diese beziehen sich auf die Satpam- oder Wachpersonalrolle des Militärs, in der einzelne

Soldaten, Trupps, Einheiten bis hin zu ganzen Truppenteilen außerdienstlich Wach- und Schutzaufgaben für privatwirtschaftliche Interessen gegen Bezahlung leisten. Nach wie vor sichern solche externen Aufträge Teile des Truppenbedarfs, fließen aber auch in die persönlichen Taschen von Kommandeuren. Dieser informelle Schattenhaushalts ist in der *reformasi* schätzungsweise erheblich angewachsen. Ein tiefer Einblick ist kaum möglich und sehr gefährlich für die persönliche Sicherheit von Journalisten und Aktivisten, die ihn versuchen.

Die informelle Haushaltsführung behindert die Professionalisierung der Armee erheblich, weil sie vorausschauende und planungssichere Finanzierung verunmöglicht. Eine Totalfinanzierung der TNI durch ein Staatsbudget wird gar nicht mehr diskutiert oder angepeilt. Der Status quo herrscht weiterhin vor.

Alte Pfeiler der Macht, neue Pfeiler der Macht

Versagt hat die *reformasi militer* bereits in ihrer Frühphase mit der Abwehr der öffentlichen Forderung nach Auflösung des Systems der Territorialkommandos (*komando teritorial*) des Heeres. Die Landstreitkräfte sind seit den Gründertagen in den Territorien des Landes stationiert mit der Aufgabe, ihren Stationierungsort im Kriegsfall vor äußeren Feinden zu verteidigen. Unter der ABRI wurde daraus die militärische Kontrolle von Land und Bevölkerung. Es entstand ein System landesweiter militärischer Parallelverwaltung und quasi-Besatzung, das trotz erheblicher Proteste in der *reformasi* heute weiter besteht und unwidersprochen hingenommen wird. Es wächst im Umfang immer weiter.

Dieses System militärischer Präsenz gliedert sich über fünf Ebenen und reicht von Provinz bis hinunter zu fast jedem Dorf. Erst kürzlich hat Präsident Widodo die Erweiterung der *Babinsa*, der Dorf-Militärposten in Form eines Unteroffiziers, um landesweit 50.000 genehmigt. Auch Marine und Luftwaffe sind ähnlich strukturiert über den Archipel verteilt.

Militär und Politik: es geht doch!

Ein militärischer Führer, Offizier oder General, darf, laut eigenen militärischen Bestimmungen,

keiner politischen Partei angehören noch für öffentliche Wahlen kandidieren. Auch verfügt er, wie alle Militärangehörigen, über kein Wahlstimmrecht. Es ist ihm jedoch nicht verunmöglicht, all dieses doch zu tun. Diese Lücke ergibt sich über die soldatische Dienstzeit.

Ein Offizier (*perwira*), und nur die sind für höhere politische Aufgaben und Positionen von Interesse, beginnt mit dem Abschluss seiner dreijährigen Ausbildung auf der Militärakademie (*Akademi Militer*) seine dienstliche Laufbahn und beendet sie verpflichtend mit Erreichen des 57. Lebensjahres. Danach erreicht er den Status eines *puanawirawan*, eines nachdienstlichen Offiziers bzw. Generals und gilt formell wieder als Zivilist. Er ist dann frei als Zivilist für politische Ämter zu kandidieren. So ist der derzeitige Minister der Verteidigung, Ryamizard Ryacudu, ein *puanawirawan* und ehemaliger General. Als *puanawirawan* ist er rezivilisiert und darf dieses zivile Ministeramt bekleiden. Diese Regelung, die allgemein gilt, hat jedoch einen Haken.

Ein Offizier und General, der als *puanawirawan* offiziell den Militärdienst verlässt, bleibt jedoch weiterhin in den Streitkräften, wenn auch außerdienstlich. Er ist, wie seine Kameraden, Angehöriger einer der *puanawirawan*-Vertreterorganisationen und wird lebenslang dem Militär angehören. Und zwar in dem Dienstgrad,

Soldaten der indonesischen Luftwaffe (TNI-AU) lösen eine Demonstration auf in Medan, Nordsumatra im August 2016. (Foto: TRIBUN MEDAN/Riski Cahyadi)



den er zuletzt bekleidet hat. Seine erste Loyalität gilt seinem Militär. Was jeder in Indonesien weiß, und die Zivilgesellschaft als Zugeständnis an die TNI hinnimmt.

Ein General – und nur der kann sich um hohe politische Ämter bewerben – kann auch vor dem 57. Lebensjahr in die Politik wechseln, wenn er zuvor seinen Dienst quittiert und vorher *purnawirawan* wird. Wie vorgemacht von General Susilo Bambang Yudhoyono, der vor Altersgrenzenerreichen aus dem Dienst ausschied, seine Partei gründete, als Präsident kandidierte und zweimal zum Präsidenten Indonesiens gewählt wurde. Auch sein Sohn, Agus Harimurti Yudhoyono, ist bereits mit dem Dienstgrad Major vor wenigen Jahren mit dem Ziel der politischen Karriere aus der TNI ausgeschieden. Bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen kandidiert mit Prabowo Subianto einer ex-General bereits zum zweiten Mal für die Präsidentschaft.

Das obskure System der *purnawirawan* ist der eigentliche „Tiefe Staat“ des Militärs. Die tatsächliche Finanzierung von Truppenteilen und „verdienten“ alten Herren läuft über dieses System, das sich als *Keluarga Besar*, die „Große Familie“ des Militärs versteht. Ihr gehören nicht nur die aktiv dienstleistenden oder ehemaligen Soldaten an, sondern auch deren Ehefrauen (mit dem Dienstgrad ihrer Ehemänner) und deren Kinder, auch wenn diese niemals eine Uniform getragen haben. Letztere sind nicht selten politische Würdenträger und Geschäftsleute, die politische und ökonomisch-finanzielle Netzwerke tief in das Militär hinein pflegen. Es ist diese tradierte „Familientradition“, die das indonesische Militär über die Generationen hinweg das sein lässt, was es in Staat, Gesellschaft und Ökonomie darstellt. Sie führt dazu, dass altgediente *purnawirawan* in ihrer formellen Pension ganze Unternehmensstrukturen aufbauen und betreiben und zur reichen Geschäftselite ihres Landes zählen.



Präsident Joko Widodo inspiziert die Truppen bei einer Militärparade in Jakarta, anlässlich des 73. Jubiläums des TNI, Oktober 2018 (Foto: Kabinettssekretariat der Republik Indonesien)

Militär und Politik: keine getrennten Welten

Die indonesischen Streitkräfte sind zahlenmäßig relativ klein. Die Zahl der aktiv dienenden Soldaten wird mit ca. einer halben Million Angehörigen angegeben. Die Höhe des staatlichen Militärhaushalts beträgt seit Jahren um die 1% des BSP. Die Zahlen für sich geben jedoch kaum die Stellung der TNI in der Politik wieder.

Das selbst ausgesprochene Wahlverbot der TNI betrifft die ½ Million aktiven Soldaten. Deren Frauen, und deren Kinder dürfen an den Wahlen partizipieren. Aktiv wie passiv. Sie bilden die *barracks community*, die Kasernengemeinschaft des Militärs, die durchaus ein zahlenmäßiger Wahlfaktor ist. Wesentlicher ist das Militär jedoch als Netzwerk, als häufig personalisierte Bindeglieder zwischen den Sektoren innerhalb der Oligarchie-Elite



Indonesiens. Das beschriebene *puanawirawan*-System ist ein Beispiel, die vielfältigen Formen der symbiotischen Koexistenz von Militär und ziviler Ökonomie ein anderes. Allen gemeinsam ist die ihnen eigene Intransparenz.

Wahlen sind im Indonesien der nach-*reformasi*-Zeit eine Angelegenheit des großen Geldes. Die politischen Parteien sind Wahlkampfvehikel, aber politisch-funktional von abnehmender Wichtigkeit. Entscheidend sind die großen Persönlichkeiten, die großen Namen, die für die Präsidentschaftswahlen antreten. Für 2019 treten nur zwei Bewerber an. Dabei sind das Militär ein Player, jedoch, bei kritischer Betrachtung, einer mit nachlassender Bedeutung. Kann das Militär doch längst nicht mehr das große Geld aufbringen. Für die anstehenden Wahlen war ein *puanawirawan*, ex-General Gatot Nurmantyo, ein wahrscheinlicher Kandidat. Dann kam es nicht soweit. Er wurde nicht nominiert. Wahrscheinlich konnte er das notwendige Geld für seine Nominierung nicht aufbringen, oder versprach für potentielle Unterstützer und Finanziere nicht das politische Pfund zu sein, dass sie sich erhofften. Für was sind militärische

Kandidaten heute wahlwichtig? Wofür braucht die Geldoligarchie politisch noch Militärs?

Eine häufig gehörte Antwort lautet *disiplin*. Militärische Führer gelten als durchsetzungsstark, als gute Organisatoren und aufgabenorientiert. Nicht selten auch als weniger korrupt. Nachgesagte Eigenschaften, die durchaus gut ankommen bei Wählern, Unterstützern und Finanziers.

Die Ökonomie der Ideologie

Neben der Funktion als Wächter ist es das Militär als Spender und Wächter von Ideologie, nationalen Glaubensvorstellungen und Metaerzählungen. Dazu gehört die ideologische Konstruktion NKRI.

Ideologiekonstruktion ist eine Funktion der *counterinsurgency* (CI). Sie liefert den Erklärungshintergrund für die Konstruktion und folgende militärische Bekämpfung von Feindbildern resp. als real vorgestellten Feindbildern. Deren Bekämpfung begründet die Existenzberechtigung des Militärs.

NKRI ist eine solche Ideologie-Konstruktion. NKRI ist die Abkürzung für die Langform *Negara Kesatuan Republik Indonesia*, „Einheitsstaat der Republik Indonesien“. Die Langform ist eine Formulierung aus der ersten Verfassung der Republik Indonesien und sieht den Staat nicht als föderales Gebilde, sondern als zentralistischen Einheitsstaat vor. Eine Abkürzung entstand erst nach der Abspaltung der militärisch besetzten ehemals portugiesischen Kolonie Osttimor, Indonesisch Timor Timur, die zur unabhängigen Republik Timor Leste wurde. Im Zuge der kurz darauf folgenden konfessionellen Unruhen auf Ambon, Molukken, nördlich von Osttimor, entstand, bzw. wurde von interessierten Kreisen, u.a. dem indonesischen Militär und islamischen Kreisen, die Erzählung entwickelt, die Separierung Osttimors wäre von äußeren Feinden Indonesiens als Anfang eines Prozesses gedacht, gesamt Ostindonesien aus der Republik Indonesien herauszulösen und zu christianisieren. So wie auch Osttimor

mehrheitlich christlich ist. Westpapua wurde dabei als zweites Ziel nach Ambon genannt. Das Militär entwickelte darauf hin, so wurde es begründet, das Ziel und die Methode *Bela Negara*, „Staatsverteidigung“, auch „Verteidigt den Staat“. Mit der Intention und dem Ziel, den NKRI durch eine Gemeinschaftsanstrengung zu verteidigen. Mit den Jahren, als der Ambon-Konflikt abgeebte war und die befürchtete Auslandsintervention nicht zustande gekommen war, verlor sich die religionspezifische Begründung, und übrig blieb eine militärische Langzeitplanung: Es begann mit der geplanten Einberufung einer Milizenstreitmacht als einer allgemeinen Wehrpflicht, in der „angelernte“ Milizionäre, zwangsweise einzuberufen für zwei Dienstjahre bei Wehrpflicht für alle männlichen Indonesier zwischen 18 und 48 Jahren, Landesverteidigung einüben sollten. Diese Wehrpflicht-Streitkraft sollte außerhalb der offiziellen Streitkräfte aufgebaut werden, die Mitglieder sollten kriegsrechtlich nicht als Kombattanten gelten und als uniformierte Zivilisten unter militärischem Kommando der TNI zuarbeiten. Dieser Plan wurde kontinuierlich reduziert, weder Parlament, Regierung noch die TNI selber wollte ihn. Allein Verteidigungsminister Ryamizard Ryacudu und der ehemalige *Panglima* (Befehlshaber) TNI, General Gatot Nurmantyo, propagierten ihn über Jahre hinweg mit allerlei Bedrohungsszenarien, denen sich Indonesien ausgesetzt sehe. Dieser große Plan ist heute militärisch verschwunden, besteht jedoch mit anderen Konnotationen fort. Ja, er ist noch sehr lebendig. Diesmal unter dem Zeichen *Bela Negara* = *Bela Islam* („Verteidigt den Islam“). NKRI und *Bela Negara/Islam* wurde repopularisiert im Verlauf der Absetzung und Verurteilung des Gouverneurs von Jakarta, dem christlichen Chinesen Basuki Tjahaja Purnama, genannt Ahok). Seine Verurteilung von einem Amtsgericht für geleistete Verunglimpfung des Islam folgt den ideologischen Vorarbeiten der NKRI-*Bela Negara*-Ideologiekreation der Streitkräfte und politischer Islamkreise.

Zur selben Ideologiekreation zählt die Metaerzählung der Orde Baru, der Furcht

vor dem Wiederaufkommen des *komunisme* (wörtlich: „Kommunismus“), die zum Gründungsmythos der Militärherrschaft ab 1965 gehört. Dem ewig beschworenen Wiederauferstehen von *komunisme* und seinen Vertretern, gleichsam einer Wiedererweckung der Getöteten politischen Gegner jener Zeit, kommen aktuell weitere beschworene Gefahren nationaler Identität und Einheit hinzu in der Gestalt von LGBT: Indonesiern, die dem etablierten und politisch gewollten Geschlechterbild von allein zwei Geschlechtern nicht folgen bzw. nicht folgen wollen. Beide Gefahrenbilder werden dargestellt als (zum Teil) vom Ausland gesteuerte Destabilisierungsstrategien, die Indonesien seiner Identität als national und islamisch geprägten Staatswesen berauben wollten. *Bela Negara* und NKRI zeigen stets eine Nähe zum politischen Islam.

Militär und Islam: eine Prognose

Wenn es denn zutrifft, dass die Postmoderne für Indonesien die Hinwendung zum Islam sei, dann zeigt das auch für das Militär existentielle Bedrohungen. Genau beobachtet wird das indonesische Militär das (Vor-)Bild der Türkei beobachtet haben, in der eine islamistische Bewegung und Partei die jahrzehntelange Herrschaft des Kemalismus und des Militärs binnen weniger Jahre vom Erdboden hat verschwinden lassen. Der Islam ist zu groß, zu mächtig und zu fest verankert in der Bevölkerung, um ihn wie *komunisme* und LGBT abqualifizierend anzugehen. Er wird verstärkt in die Truppe Einzug halten, und die TNI wird bemüht sein, ihn über das Führungsprinzip *tut wuri handayani*, „von vorne führen“, ihm voranzugehen und ihn in gewünschte Bahnen zu lenken. Die TNI wird sich dabei weiter islamisieren und hat zu sehen, wie sie die viel beschworene ideologische Basis der *Pancasila*, der staatlichen Fünf Prinzipien, zu bewahren vermag oder nicht. Der Islam wird langfristig Form, Inhalt und Identität der indonesischen Armee verändern und es ist noch nicht eindeutig vorherzusehen, in welche Richtung diese Veränderung vonstatten gehen wird. ♦

„Von Gott gerufen“ Aufruf der Kirchen im Lande Papua

von den Leitern der vier größten protestantischen Kirchen in
Westpapua

Bevor das Evangelium nach Papua kam, lebten die Menschen hier friedlich im Einklang mit der Natur. Sie besaßen ihr Land, ihre Sprachen und ihre vielfältige Kultur und hatten ihre Identität als eine Nation, in der jeder in seiner eigenen Gemeinschaft leben konnte.

Die Papua-Gemeinschaften haben eine starke Verbindung zur Natur. Sie sehen ihr Land als ihre Mutter an, die sie dort zur Welt gebracht hat. Daher sind die Natur und die Menschen in Papua eng miteinander verbunden.

Die moderne Zivilisation in Papua begann mit der evangelischen Mission am 5. Februar 1855. Sie begann damit, dass Kirchen entstanden, die in der Lage waren, das Leben ihrer Mitglieder unabhängig zu organisieren. Sie bauten die nötige Infrastruktur wie Schulen, Polykliniken, Elektrizität, Flugplätze und anderes auf. Sie förderten die Menschen mental, spirituell und in den Bereichen Bildung, Gesundheit und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Arbeit von Kirche und Mission ist das Grundkapital, das auf menschlicher und würdevoller Weise Frieden und Einigkeit in die Papua-Gemeinschaften gebracht und den Stolz auf das Volk der Papua entwickelt hat.

Die Kirchen und das Volk der Papua haben ihre fortschreitende Entwicklung auf Werte des Evangeliums und der Lehre von Christus gegründet. Da wurden sie 1969 mit einem

Referendum (Act of Free Choice) konfrontiert, das unfair und nicht nach internationalen Richtlinien und auch nicht entsprechend dem Agreement von New York (15. August 1962) durchgeführt wurde. Das Referendum wurde gegen die Überzeugung der Kirchen und der Bevölkerung durchgeführt und führte zu Protesten und Widerstand. Die indonesische Regierung antwortete mit militärischer Gewalt, die seit 1969 bis heute zu vielen Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen führte.

Papuas Land und die Regenwälder sind reich an einzigartiger Biodiversität und bilden einen Teil der Lunge der Welt. Heute geschieht großflächige Abholzung und Zerstörung durch ausbeuterische Industrien wie Holzfirmen und Plantagen (Ölpalmen), Mineralien - und Erdgasförderung, Tourismus, wobei die Regierung, transnationale Konzerne und Finanzinstitutionen ihre Hände im Spiel haben.

Die indigenen Papua, die in und mit den Wäldern leben, werden konfrontiert mit Unternehmen, die vom Staat unterstützt werden. Sie erleben, Einschüchterung, Bedrohung, Umweltzerstörung, den Verlust der Lebensgrundlage, Unterernährung, Gewalt, Folter, Ungerechtigkeit und den Verlust ihrer Menschenrechte.

Offizielle Vertreter der Kirchen, Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger, Umweltaktivisten und ihre Familien werden ernsthaft bedroht, ihre persönliche Integrität wird verletzt, ihr Recht auf



v.l.n.r.: Benny Giay (KINGMI), Dorman Wandikbo (GIDI), Peter Prove (ÖRK), Socratez S. Yoman (Baptistische Kirchen), Andrikus Mofu (GKI-TP) (Foto: Marion Unger/VEM)

Freiheit, sicheres Leben, ihre Lebensgrundlage werden bedroht.

Auch Regierungsvertreter erkennen die sozialen Krisen, Menschenrechtsverletzungen, die eigentlich durch das Autonomiegesetz 21/2001 ausgeschlossen werden sollten. Doch die Gesetze haben nicht zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Respekt für Menschenrechte, zu einer Restsstaatlichkeit, vor allem gegenüber den indigenen Papua, geführt.

Die wirtschaftliche Entwicklung hilft den indigenen Papua in keiner Weise. Sie haben keine Möglichkeit, eigenen Initiativen zu entwickeln. Die Wirtschaft ist ganz in den Händen der Migranten.

Auch das Bildungswesen erlebte einen Rückschlag wegen der Unausgewogenheit der Infrastruktur. Die Ausbilder sind selbst nicht qualifiziert genug um gut qualifizierte Absolventen auszubilden. Daher können unsere Akademiker nicht in der globalen Welt konkurrieren und indigene Papua spielen in der Entwicklung des Landes keine Rolle.

Die ständige Zuwanderung von Menschen aus anderen Teilen Indonesiens ist Besorgnis

erregend. Diese Migranten dominieren den Arbeitsmarkt, treffen die politischen Entscheidungen, verbreiten ihre Religion und stärken die radikalen religiösen Bewegungen. Rassismus und Diskriminierung nehmen ständig zu.

Papua wurde zu einer Region, in der sich HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose ausbreiten, Die Sterblichkeitsraten von Müttern und Kindern sind sehr hoch. Medizinische Behandlung ist kostspielig, Zugang zu Gesundheitsdiensten begrenzt.

Die Identität der Papua drückt sich aus in traditionellen Tänzen, Sitten und Gebräuchen, Sprachen, Kunstwerken wie z.B. die Schnitzkunst. Die Skulpturen sind in aller Welt berühmt. Der Diebstahl des kulturellen Copyright durch Migranten ist sehr verbreitet. Sie treiben Handel mit den Kunstwerken, während die indigenen Papua machtlos sind. Auch die einheimischen Regierungsvertreter sind machtlos und befinden sich in einer Krise. So wird kein Eigentumsrecht für das gestohlene kulturelle Erbe geltend gemacht.

Mit dieser hier geschilderten Situation konfrontiert, sind die Papua apathisch geworden.

Sie sehen sich nicht mehr in der Lage, angesichts der vielen Probleme zu reden und zu kämpfen, sie sehen nur noch ihre eigene Hilflosigkeit. Doch die Probleme sollten auf faire Weise gelöst werden, Opfer von Gewalt sollten entschädigt und gerecht behandelt werden.

Die Kirchen in Papua sind von Gott gerufen, ihre prophetische Stimme in der heutigen Situation von Papua zu erheben. Die Kirchen haben auch gerichtliche Verfahren unterstützt, und sich auch in anderer Weise für die Rechte der indigenen Papua und die Opfer von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen eingesetzt.

Daher richten sich die Kirchen mit den folgenden Forderungen an den Weltkirchenrat (ÖRK):

1. Der Weltkirchenrat soll sich einsetzen für einen friedlichen und würdigen Dialog zwischen der indonesischen Regierung und der Vereinten Befreiungsbewegung für Westpapua (ULMWP) zur Lösung der politischen Probleme, die durch das Referendum 1969 (Act of Free Choice) entstanden sind. Dabei sollen neutrale dritte Parteien einbezogen werden.
2. Der Weltkirchenrat soll die Vereinten Nationen aufrufen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von 1969 bis heute geschehen sind, aufzuarbeiten.
3. Der Weltkirchenrat soll konkrete Schritte unternehmen, damit die Beschlüsse des Zentralkomitees bei seinen früheren Sitzungen umgesetzt werden.
4. Der Weltkirchenrat soll die indonesische Regierung auffordern, die übermäßige Stationierung von Militärs und den Ausbau militärischer Infrastruktur einzustellen.
5. Der Weltkirchenrat soll die indonesische Regierung auffordern, die Ausbeutung von Regenwäldern und Natur, die einen negativen Einfluss auf die Bewahrung der natürlichen Ressourcen und das Leben der indigenen Menschen sowie auch der Weltgemeinschaft haben, einzustellen.

Jayapura, am 16. Februar 2019

Die Kirchenführer im Lande Papua:

Rev. Andrikus Mofu M.Th.
Vorsitzender der Synode der GKI-TP

Rev. Dr. Benny Giay
Vorsitzender der Synode der Kingmi-Kirche

Rev. Dorman Wandikbo, STh
Präsident der Synode der Evangelischen Kirche von Indonesien (GIDI)

Rev. Dr. Sokratez S. Yoman
Präsident der Gemeinschaft Baptistischer Kirchen in Papua



Auf der Suche nach Gerechtigkeit und Frieden Indigene Papua sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder

von Marion Unger

Die ÖRK Delegation im Dorf Yoboi am Sentani-See
(Foto: Marion Unger/VEM)

Die indigenen Papua in Indonesien leiden unter Landraub, Umweltzerstörung und schwindenden Ressourcen. Einer internationalen Delegation, darunter sechs Mitglieder des VEM-Rates sowie Dr. Jochen Motte, stellvertretender Generalsekretär, boten sich auf einem Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden des Ökumenischen Weltkirchenrats Bilder von Menschenrechtsverletzungen und Marginalisierung.

Der Empfang ist überwältigend. In dem kleinen Dorf Kaliki in der indonesischen Provinz Westpapua sind Männer, Frauen und Kinder auf den Beinen. Begleitet von Tänzen und Trommelwirbel wird die Gruppe der Besucher zum Ortseingang geleitet. Sie werden mit kunstvoll geflochtenen Kronen aus Gräsern und Blumen ausgestattet und ihre Gesichter mit traditionellen Mustern bemalt. Höhepunkt der

bewegenden Zeremonie sind neue Namen für alle, die so poetisch klingen wie „Spross der Bethelnuss“.

Dem Pilgerweg nach Kaliki haftet ein Hauch von Abenteuer an. Drei Stunden dauert die Fahrt von Merauke durch die flache Landschaft, wo sich ein Reisfeld an das andere reiht. Es geht flott voran bis etwa fünf Kilometer vor dem Dorf. Dann versinken die Autos im Schlamm und brauchen eine Stunde, um die kurze verbleibende Distanz zu überwinden. Der überaus warmherzige Empfang entschädigt zwar für die strapaziöse Anfahrt, doch die feierliche Stimmung hält nicht lange an. Nüchtern beschreibt Mateus Kaeze, das Dorfoberhaupt, die Situation der indigenen Papua, die hier leben.

Kurz und prägnant listet er die Probleme auf: Landraub, Umweltzerstörung, mangelnder



Begrüßung am Flughafen von Sentani (Foto: Marion Unger/VEM)

Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und Bildung, Hunger. „Unsere Wälder werden beschädigt und verschwinden mehr und mehr“, sagt er. „Aber die Natur ist unsere Lebensgrundlage und wir sind dafür verantwortlich, sie zu schützen.“ Seine weiteren wichtigen Anliegen sind Bildung für die Kinder und schließlich die Fertigstellung der Straße zum Dorf. Am Ende steht ein dringlicher Appell um Hilfe. Nicht zuletzt richtet er ihn auch an seine Kirche, die Evangelische Kirche in Westpapua (GKI-TP): Vor elf Jahren sei mit dem Bau einer Kirche begonnen worden, aber es sei kein Geld vorhanden, um sie fertigzustellen.

George Pelasula, der die Delegation begleitet, wird noch deutlicher. Er ist Pastor in Baidub, einer Gemeinde mit 46 Familien, die sich auf zwei Dörfer verteilen. „Wir sind eingeklemmt zwischen zwei Palmöl-Plantagen“, berichtet Pelasula. „Dafür wurde der Wald abgeholzt.“ Über jeweils hundert Hektar erstrecken sich dort die Anlagen.

In Kaliki sind 1,6 Millionen Hektar Land für Mais- und Zuckerrohr-Felder vorgesehen, eines der größten Agrarindustrie-Projekte in der Welt. Nach Schätzungen von NGOs werden ihm 13,1 Milliarden Festmeter Holz zum Opfer fallen. Ein internationaler Konzern produziert dort unter anderem Bio-Treibstoff. Vordergründig dient das Projekt zur Ernährungssicherung in Indonesien. Die heimischen Kirchen sind jedoch überzeugt, dass der Löwenanteil in den Export gehen wird.

Die Menschen in Kaliki und Baidub sind Jäger und Sammler. Bevor die Palmöl- und Agrarindustrie in ihr Leben eingriff, kultivierten sie Sandelholz und verarbeiteten Krokodilhaut zu Taschen. Das Mehl der Sagopalmen war ihr wichtigstes Grundnahrungsmittel. Dann kauften ihnen die Unternehmen ihr Land zu Dumpingpreisen ab. In Kaliki erwarben sie 20 Hektar Land zu einem lächerlichen Preis von umgerechnet 83 Euro. „Die Leute wissen gar nicht, was sie unterschreiben, wenn ihnen ein Vertrag vorgelegt wird“, lautet die Einschätzung von Pfarrer Pelasula. Die Verkäufer erhalten



Die ÖRK Delegation trifft Kirchenführer in Jayapura (Foto: Jimmy Sormin/WCC)

nicht einmal eine Kopie des Dokuments. Wie soll man da juristisch gegen einen vermuteten Betrug vorgehen?

Darum lassen sie sich anwerben, gegen extreme Niedriglöhne den Wald zu roden und in den Fabriken zu arbeiten. Die Konzerne benutzen ein perfides System aus Einschüchterung und Versprechungen, die am Ende nicht eingelöst werden. Stammesälteste erhalten Geschenke, damit sie die Menschen gefügig machen, zugesagte Schulen werden nicht gebaut und – das wiegt am schwersten – die Menschen dürfen streng genommen den Wald nicht mehr betreten.

„Unser Wald ist kein gewöhnlicher Wald, er ist ein Politikum“, sagt Pastor Jimmy Sormin vom indonesischen Kirchenrat (PGI). Das

Verbotsgesetz stammt aus der Regierungszeit des Diktators Suharto, der den Wald kurzerhand als Staatsbesitz reklamierte. Es darf dort nicht mehr gejagt werden und das Fischen verbietet sich ohnehin, denn Flüsse und Seen sind durch die Abwässer der Fabriken stark verschmutzt oder gar vergiftet.

Die indigenen Papua sehen ihre Chancen auf ein menschenwürdiges Leben schwinden. Sie sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder und Depression macht sich breit. George Pelasula erlebt deren Folgen Tag für Tag, wenn er als Seelsorger gegen die zunehmende häusliche Gewalt unter seinen Gemeindegliedern ankämpft. Er stellt fest: „Sie sind einfach verzweifelt und wissen nicht, wohin mit ihrer Wut.“ ♦

Einsatz für Westpapua

Unterschriftenaktion der deutschen Partnerschaftsgruppen

von Dr. Siegfried Zöllner

Die deutschen Partnerschaftsgruppen haben an den Bundesaußenminister geschrieben. Zum Hintergrund der Unterschriftenaktion: Ein Auszug aus dem Tagebuch des Schreckens:

Am 13. September 2018 folterten Soldaten im Dorf Wogikel Yudas Gebze. Sie wollten von ihm den Aufenthaltsort seines Bruders wissen. Er wurde ins Krankenhaus eingeliefert und verstarb am Abend des folgenden Tages an den Folgen der Misshandlungen. Seine Verwandten durften ihn in dieser Zeit nicht besuchen.

Am 1. Oktober 2018 wurden im Hochland von Westpapua bei einem Angriff des indonesischen Militärs auf ein Dorf mindestens fünf Personen getötet, darunter eine schwangere Frau und zwei minderjährige Kinder.

Am 22. Oktober 2018 wurde der Theologiestudent Daud Ayomi im Dorf Waroki in Westpapua von einem Polizisten erschossen, als er mit seinem Motorrad zu einem Laden fuhr, um Wasser einzukaufen.

Das sind nur drei Beispiele willkürlicher Verhaftungen, Folter und Tötungen aus den letzten Monaten. Die Aufzählung könnte fortgesetzt werden. Die Menschenrechtsberichte der letzten Jahre von Amnesty International, vom Westpapua-Netzwerk und von den Kirchen in Papua belegen, dass sich seit der indonesischen Annexion von Westpapua im Jahr 1963 nichts geändert hat. Schätzungen sprechen von 100.000



Ibrahim Peyon. Er absolvierte an der Uni München erfolgreich ein Promotionsstudium. Während seiner Zeit in Deutschland hielt er Kontakt mit den Partnerschaftsgruppen. Er initiierte die Unterschriftenaktion. (Foto: Siegfried Zöllner)

Getöteten seit 1963. Die Papua sagen: Genug ist genug! Es reicht!

Als kirchliche Partnerschaftsgruppen in Deutschland haben wir überlegt, was wir tun können. Seit Jahren führen wir zusammen mit dem Westpapua-Netzwerk Gespräche mit Bundestagsabgeordneten und den Menschenrechtsbeauftragten unserer Regierung,



Die Pfarrerin Dora Balubun, Leiterin des Menschenrechtsbüros der evangelischen Kirche von Westpapua (GKI). Das Büro dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und bringt immer wieder Fälle vor Gericht. Vor Gericht leistet das Büro Rechtsbeistand. Es arbeitet eng zusammen mit dem Westpapua-Netzwerk in Deutschland. (Foto: Siegfried Zöllner)

früher in Bonn, jetzt in Berlin, mit Abgeordneten und der Außenvertretung der EU in Brüssel, mit dem Menschenrechtsrat in Genf. Wir haben freundliche und interessierte Zuhörer, auch kleine Erfolge. Die Sonderbeauftragten der UN für Folter, für Frauenrechte und für Ernährung haben Westpapua besucht und ihre Berichte geschrieben, in den Archiven nachzulesen. Delegationen des Ökumenischen Rates der Kirchen besuchten 1999 und erst kürzlich im Februar 2019 Westpapua. Wieder wurden erschütternde Berichte verfasst. Aber der Aufschrei der Öffentlichkeit über die grausame und brutale Unterdrückung des naturverbundenen mehrheitlich christlichen Papuavolkes durch die größte Militärmacht Südostasiens blieb aus.

Was können wir als kirchliche Partnerschaftsgruppen in Deutschland, die sich mit den Geschwistern in Papua solidarisch wissen, noch tun? Unsere Freunde in Papua – auch die Kirchen dort - bedrängen uns immer wieder: Schreibt an eure Regierung, sprecht

mit den Verantwortlichen, macht Druck, helft uns! Das haben wir getan. Alle Gruppen in Deutschland und viele Einzelpersonen, die freundschaftlich mit Papua verbunden sind, haben im Juni (2019) einen gemeinsamen Brief an den Bundesaußenminister geschrieben. Wir haben den Minister gebeten, bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 2019 eine Resolution zu Westpapua zu unterstützen. Die Resolution, die von einigen pazifischen Staaten eingebracht werden soll, beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und fordert die Weltgemeinschaft auf, dies Recht auch für Westpapua in Kraft zu setzen. Das könnte z.B. durch ein Referendum oder durch einen von den Vereinten Nationen begleiteten offenen Dialog zwischen der indonesischen Regierung und der gewählten Vertretung des Papuavolkes geschehen. Zumindest erwarten wir mehr Aufmerksamkeit unserer Regierung für die seit mehr als 50 Jahren anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Westpapua. ♦



Pater Neles Tebay (Foto: Suara Papua)

Ein Pionier

In Memoriam Pastor Neles Kebadabi Tebay

von Theo van den Broek

Die Menge der Kränze am Weg hinauf zur Theologischen und Philosophischen Hochschule (STFT), wo Pastor Neles Tebay zur letzten Ruhe gelegt wurde, ist beeindruckend. Alle Schichten der Gesellschaft sind hier vertreten, die Regierung, sowohl lokal wie auch national, religiöse Institutionen, Nichtregierungs-organisationen, die Sicherheitskräfte und viele Einzelpersonen. Kein Zweifel, der Mensch, der uns im Alter von 55 Jahren verlassen hat, nachdem er lange vergeblich gegen Knochenkrebs gekämpft hatte, hat das Herz vieler Menschen berührt.

Hierher an den Ort der Theologischen Hochschule ist er zurückgekehrt, hier hat er von 2007 bis 2019 gelehrt. Von 1995 bis 1998 studierte er auf den Philippinen (Ateneo Jesuit) und von 2000 bis 2006 in Rom (Pontificia Universitas Urbaniana), um sich auf die Arbeit als Dozent vorzubereiten. Vor seinem Promotionsstudium in Rom war er von 1998 bis 1999 an der STFT tätig. In dieser Zeit erlebte er nach dem erzwungenen Rücktritt von Präsident Suharto den kurzen politischen "Frühling" in Westpapua. Plötzlich gab es in Papua die Möglichkeit, seine Meinung öffentlich frei zu äußern. Auch die Kirchen



Pater Neles Tebay spendet die Kommunion in einer Kirche in Waghete (Foto: Abeth You/Tabloid JUBI)

begrüßten die Veränderungen. Sie machten Menschenrechtsverletzungen öffentlich und benannten deutlich die Wünsche und Hoffnungen der Menschen. Die katholische Kirche nutzte dazu ihr Sekretariat für Gerechtigkeit und Frieden (SKP). Von der protestantischen Kirche wurde das Institut für Menschenrechtsstudien (Elsham) unterstützt.

Pastor Neles hatte den Wunsch und das besondere Interesse, nach Wegen zu suchen, die lähmenden sozio-politischen Probleme in Papua zu lösen. Bei seiner Ordination zum Priester im Jahr 1992 in seiner Heimatgemeinde in Waghete, wo er 1964 geboren worden war, gaben ihm die Ältesten einen Namen, der eine Mission, einen Auftrag, enthält: Keadabi, das Wort bedeutet 'Pionier', 'jemand, der den Weg öffnet'. Diesen Auftrag konnte er nun wirklich wahrnehmen, weil Menschenrechtsfragen auch in den Kirchen Beachtung fanden.

Obwohl er im Jahr 2000 nach Rom ging, hielt er enge Verbindung mit dem Menschenrechtsbüro SKP und verfolgte die Entwicklungen in Papua. Es gab einige Höhepunkte wie den zweiten Papua-Kongress, der ungewöhnlich deutlich den Wunsch der Papua nach Unabhängigkeit zum

Ausdruck brachte. Ein anderer Höhepunkt war der von SKP organisierte Workshop 'Building a Culture of Peace - moving towards Papua Land of Peace' im Jahr 2002. An diesem Workshop nahmen Vertreter aller Gruppen der Papua-Gesellschaft teil. Man arbeitete an der Frage, was "Frieden" in Papua konkret bedeuten könnte. Der Workshop lieferte ein sehr umfassendes Verständnis von "Frieden". Konkrete Aspekte waren Einheit in Harmonie, Wahrheit und Gerechtigkeit, Sicherheit, Wohlstand, Teilhabe aller, Solidarität und Toleranz, Anerkennung und Selbstachtung, Information und Kommunikation. In dieser Zeit wurde das Motto „*Papua Tanah Damai*“ (Papua Land des Friedens) populär. Unter diesem Motto konnten sich die verschiedenen Seiten treffen und sich einig werden. Pastor Neles hat diese Entwicklungen genau verfolgt und machte sie sich zu Eigen.

Als in den europäischen Gruppen das Interesse an Papua zunahm, wurde Pastor Neles zu einer der wichtigen Informanten. Er nahm an verschiedenen internationalen Konferenzen und Workshops teil und informierte über die komplexe Situation in Papua. Im Verlauf von einigen Jahren gelang es ihm – oft in

Zusammenarbeit mit SKP und Elsham – ein Netzwerk von Kontakten aufzubauen und internationale Sympathie und Verständnis für Papua zu gewinnen. Daher nicht verwunderlich: Der Titel seiner Dissertation zum Abschluss seines missionswissenschaftlichen Studiums in Rom lautet: „Der versöhnende Auftrag der Kirche in Westpapua im Licht von Versöhnung und Buße.“ (*The reconciling Mission of the Church in West Papua in the light of Reconciliation and Repentance*).

Zurück in Papua (2007) setzte er seinen Weg fort als „ein Mann mit einer Mission“. Im Januar 2010 wurde von einige Aktivisten das „Friedensnetzwerk Papua“ (JDP) gegründet, und Pastor Neles wurde als Koordinator für Papua benannt, während Herr Muridan S. Widjojo von der Forschungsabteilung von LIPI (*Indonesian Institute for Study and Research*) gebeten wurde, die Anliegen und Belange des Netzwerks bei der indonesischen Regierung in Jakarta zu koordinieren. Das Friedensnetzwerk (JDP) wählte als Motto „*Papua Land of Peace*“, entwickelte aber ein umfassendes Konzept mit operationaler Struktur und Strategie. Als analytische Basis benutzte man die von LIPI erarbeitete Studie „*Papua Road Map: Negotiating the Past, Improving the Present and Securing the Future*“ (2008). Das Ziel des Friedensnetzwerks kann mit einem Wort beschrieben werden: Dialog! Mit einfachen Worten: Wenn wir immer nur an unsern jeweiligen „absoluten Bedingungen“ festhalten, Indonesien daran, dass Papua Teil der Republik ist und die Papua an der Forderung der Unabhängigkeit, bleiben wir immer an einem toten Punkt hängen. Es gibt keinen Fortschritt und keinen Ausweg und schließlich geht alles verloren. Wir müssen uns öffnen, wir müssen gemeinsam nach der Wahrheit suchen, wir müssen uns gegenseitig respektieren und einen würdigen Weg suchen. Sich zusammensetzen und einen wahrhaftigen und ehrlichen Dialog miteinander führen ist der einzige Weg zu einer Lösung, die unserem Standard von Würde und Respekt entspricht.

Unter der Führung von Pastor Neles organisierte das JDP viele Zusammenkünfte zur Konsultation

über diese Pläne überall in Papua. Später wurden auch Migranten-Gruppen einbezogen, um die Situation in Papua offen zu besprechen und die Frage zu stellen: „Was ist zu tun?“ Diese Aktivitäten wurden überall in Papua bekannt und überall wurde mit Enthusiasmus ein Dialog als die Lösung angesehen. Gleichzeitig versuchte Pastor Neles mit Unterstützung von Muridan Widjojo vom Indonesian Institute of Sciences (LIPI) bei der Zentralregierung in Jakarta mit viel Mühe Herzen und Sinne von politisch verantwortlichen Personen für einen Dialog zu gewinnen. Pastor Neles wurde sogar von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono empfangen und gehört.

Pastor Neles erreichte auch ein weites Publikum überall im Land durch die Artikel, die er in lokalen und nationalen Medien veröffentlichen konnte. Seine Art zu schreiben kam überall gut an, weil er komplexe Zusammenhänge in einfachen Worten ausdrücken konnte. Er sprach auch Menschen mit gegenteiliger Meinung mit Respekt an und konnte sie zum Teil überzeugen. Er zeichnete ein anderes Bild von Papua als das, welches man in den nationalen Massenmedien vorfand. Die außergewöhnliche Persönlichkeit von Pastor Neles ermöglichte ihm, mit jedem zu kommunizieren, sei es der Präsident oder seien es die Menschen in den Dörfern seines geliebten Papua.

Die Ergebnisse der Konsultationen überall in Papua wurden während der so genannten „Friedenskonferenz“ in Papua im August 2011 zusammengetragen. Diese Konferenz wurde von der Zentralregierung in Jakarta unterstützt und versprach daher ein wichtiger Schritt in die gewünschte Richtung zu werden. Die Konferenz gab eine Übersicht über Indikatoren für einen Frieden in Papua und benannte die Bereiche, welche besondere Beachtung finden sollten: Wirtschaft, Gesundheit, Bildung, Sozio-Kulturelles, Sicherheit und Politik. Eine kurz gefasste aber umfassende „Roadmap“ für Frieden in Papua, gebrauchsfertig!

Am Ende der Friedenskonferenz wurde im Blick auf die Zukunft darüber beraten, wie die Teilnehmer an einem möglichen Dialog

ausgewählt werden könnten. Diese Beratung erwies sich als äußerst sensitiv, einige Beobachter aus Jakarta wurden wirklich nervös. Sie fragten sich: sprechen wir über einen Dialog oder befinden wir uns schon in einem Prozess, der auf die Unabhängigkeit zuläuft? Diese Unsicherheit führte zu einem Rückzug der Zentralregierung aus dem weiteren Prozess. Das war für Pastor Neles und das gesamte JDP-Team eine große Enttäuschung und eine schwierige Situation. Aber sie blieben überzeugt, sich in die richtige Richtung zu bewegen, nämlich die unterschiedlichen Parteien zusammen zu bringen und gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, ganz gleich, wie sensitiv die zu diskutierenden Probleme sein würden.

Ein besonderes Ereignis in Papua war der so genannte dritte Papuakongress im Oktober 2011. Indirekt übte er Druck aus, damit ein Dialog zustande kommen sollte. Der Kongress erklärte die Unabhängigkeit Papuas als Nation. Darauf erfolgte eine brutale Reaktion der Sicherheitskräfte. Einige Teilnehmer wurden getötet und Dutzende wurden geschlagen und in Polizeigewahrsam genommen. Die verantwortlichen Führer wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte löste landesweite Reaktionen aus. Einige bekannte und respektierte Persönlichkeiten begannen Indonesiens Papuapolitik zu hinterfragen und forderten eine andere menschenwürdigere Policy der Regierung gegenüber Papua, damit die Probleme gelöst würden. Erneut kam die Frage nach einem Dialog auf die Tagesordnung. Die bisherigen Bemühungen von Pastor Neles und dem JDP zeigten Früchte. Von 2012 bis 2014 fanden neun Treffen zwischen Vertretern der Papua mit Vertretern der Zentralregierung statt. Das Ziel war miteinander bekannt zu werden, die beiderseitigen Standpunkte kennen zu lernen, Vertrauen herzustellen und eine gemeinsame Basis für einen Dialog zu finden. Es wurde zwar ein offizielles gemeinsames Ergebnis dieser Konsultationen formuliert, aber es gab keinen Durchbruch. Die Vertreter der Zentralregierung wechselten zu häufig, es gab keinen wirklichen politischen Willen zu einer Kontinuität.

Inzwischen hatten die intensiven Bemühungen von Pastor Neles um eine friedliche Lösung für Papua nicht nur die Partner in Europa beeindruckt, sondern fanden auch in Asien Beachtung. Im Jahr 2013 wurde Pastor Neles der bedeutende Tji Hak-soon Friedenspreis von Südkorea verliehen. Diese internationale Anerkennung führte dazu, dass Indonesien ernsthafter als bisher die Möglichkeit eines Dialogs mit Papua in Erwägung zog.

Etwa gleichzeitig gab es neue Entwicklungen, die alle Bemühungen um einen Dialog bedrohten. Das "Papua-Problem" wurde von einigen pazifischen Inselstaaten aufgegriffen und somit internationalisiert. Die starke Unterstützung dieser Staaten führte zur Bildung der ULMWP (*United Liberation Movement West Papua*) und damit zur Vereinigung der Gruppen, die in Papua für die Unabhängigkeit kämpften. Seither wird das Papua-Problem auch in internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen und der Europäischen Union diskutiert. Diese Entwicklungen wurden auch von den Menschen in Papua wahrgenommen und weckten hohe Erwartungen, die sich allerdings weniger auf einen Dialog mit Indonesien richteten, sondern auf ein Referendum über den politischen Status Westpapas. Ein Referendum war schon seit längerem das Ziel des so genannten Nationalkomitees Westpapua (KNPB), einer der politischen Gruppierungen in der Bevölkerung Papuas. In diesem Zusammenhang häuften sich Menschenrechtsverletzungen seitens der Sicherheitskräfte, vor allem gegen KNPB-Mitglieder, Verhaftungen und außergerichtliche Tötungen. Dies wurde hingenommen als ein notwendiges Opfer, als Preis, der für die Freiheit zu zahlen ist.

Auf Grund dieser neuen Entwicklungen wurde der Ruf nach Frieden und nach einem Dialog zunehmend schwieriger. Gelegentlich wurde über Pastor Neles gesagt, dass er „im andern Lager“ ist, ihm schlug Misstrauen entgegen. Trotzdem ließ sich Pastor Neles nicht entmutigen – und das charakterisiert ihn. Er lehnte jede Gewalt ab und hielt daran fest, dass ein Dialog der einzige Weg zu einer friedlichen Lösung ist. Im August 2017



Die Beerdigung von Pater Neles Tebay (Foto: WPN)

traf er sich mit dem Präsidenten Joko Widodo und hatte die Gelegenheit, die Notwendigkeit eines Dialogprozesses zu erläutern.

Der Präsident bemühte sich um konstruktive Schritte zu einer Lösung des Papua-Problems. Ende 2017 setzte er eine nationale Kommission für einen Dialog ein, die von Pastor Neles geleitet werden sollte. Die Kommission sollte mit einem "sektoralen Dialog" beginnen, einem Dialog über die konkreten Probleme in einigen Sektoren, wie Gesundheit, Bildung, gute Regierungsführung und Wirtschaft. Aber andere Sektoren waren ausdrücklich vom Mandat dieser Kommission ausgeschlossen, keine Diskussion über den politischen und den Sicherheitssektor. Obwohl er sehr enttäuscht über diese Einschränkung des Mandats war, beriet sich Pastor Neles mit dem JDP-Team und übernahm den Vorsitz der Kommission. Einige seiner Freunde waren mit dieser Entscheidung nicht einverstanden und sagten ihm das auch. Er akzeptierte Meinungsverschiedenheiten, aber er argumentierte: Es gibt eine kleine Öffnung, eine Möglichkeit, und diese Möglichkeit sollte genutzt werden als ein erster Schritt zu einem umfassenden und wirklichen Dialog, wie wir ihn wünschen. Es ist keineswegs ideal, aber eine Strategie, die hoffentlich zu mehr Raum für

Diskussion über die Probleme in den anderen Sektoren führt, die jetzt noch ausgeschlossen sind.

Pastor Neles hat unermüdlich für eine gute Lösung der Probleme gekämpft. Das wurde von allen Seiten anerkannt und das machte ihn zu einem Pionier, der in die richtige Richtung zeigte. Er hat Zustimmung und Ablehnung, Unterstützung und Widerstand erfahren. Beides hat er akzeptiert, er wollte seine Meinung nicht anderen aufzwingen, sondern wollte darüber reden. Ein Sprecher des Nationalkomitees Westpapua (KNPB) drückte es auf seine Weise folgendermaßen aus: "Kebadabi (der Pionier) ist von uns gegangen. Er hat uns einen friedlichen Weg zur Lösung der Probleme in Papua hinterlassen. Damit hat er den Kampf des Papuavolkes nicht getötet."

Sein konsistentes Mühen, sein endloses Vertrauen und sein Optimismus, sein entzückendes warmes Lächeln und seine hohe Kompetenz machten ihn zu dem Mann, der von vielen Menschen geliebt und verehrt wurde. Auf ihm lagen die Hoffnungen vieler, dass er der erste Papua-Bischof werden würde, und nun wird er von vielen so sehr vermisst. Die Papua waren sehr stolz auf ihn, das äußerte sein alter Lehrer Philipus Degei in seiner Traueransprache mit folgenden Worten: „Wir, eine sehr traditionelle indigene Papuagemeinschaft, auf die andere oft herabsehen, wir, wir haben diesen großen Menschen euch gegeben, wir haben ihn Papua, Indonesien und der ganzen Welt gegeben.“

Wenn man allen denen zuhörte, die ihn auf seinem letzten Weg begleitet hatten und die bei der Beerdigung anwesend waren, lässt sich nur ein Schluss ziehen: Die Menschen erkennen in Pastor Neles' Leben und Kampf ihre eigenen Träume und Wünsche: anerkannt zu werden und in Frieden zu leben, in Frieden, Frieden, Frieden! Diese Träume und Wünsche verkörpert Pastor Neles in seiner Person, und das macht ihn zu dem Mann, dem man folgen soll, heute und morgen.

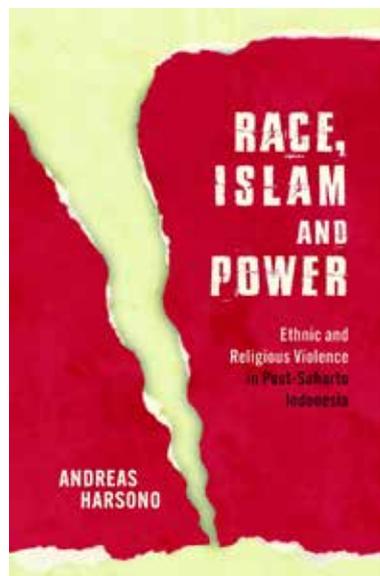
Jayapura, 21. April 2019
 Theo van den Broek

Race, Islam and Power

Ein Buchtipp von Marion Unger

Der klaffende Riss auf dem Cover des Buches springt ins Auge und seine blutrote Farbe gibt einen Hinweis auf dessen schmerzvolle Auswirkungen. Der grafisch gestaltete Bruch setzt sich im Schriftzug des Titels fort: „Race, Islam and Power“. Der Autor, Andreas Harsono, setzt sich in seiner Beschreibung der politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in Indonesien nach dem Ende der Suharto-Diktatur 1998 mit der Wechselwirkung von Ethnie, Islam und Macht auseinander. Das Buch spiegelt seine Erfahrung aus 15 Jahren Arbeit als Journalist und Aktivist von Human Rights Watch wider. Schon die Darstellung auf dem Titelbild zeigt, wie der Autor die vielgestaltige Inselwelt mit ihren unterschiedlichen Ethnien und Religionen charakterisiert: Sie ist eine komplexe, im Innern tief gesplattene Nation.

Andreas Harsono bezeichnet sein Buch, das bisher nur in englischer Sprache erschienen ist, als „Travelogue“. Der Versuch einer Übersetzung als „Reisebeschreibung“ trifft die Bedeutung nicht ganz. Harsono hat in den Provinzen von Aceh auf Sumatra ganz im Westen bis West Papua im Osten, von den Miangas-Inseln im Norden bis zu Ndana im Süden über einen langen Zeitraum hinweg recherchiert. In der Wiedergabe seiner Gespräche mit Betroffenen, die Gewalt erlitten, aber auch ausgeübt haben, zeichnet er ein umfassendes Bild vom Zustand der indonesischen Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt. Beherrschendes Thema ist die allgegenwärtige Verletzung der Menschenrechte. Aber auch die teilweise gewaltsame Konfrontation der Religionen und Ethnien sowie das Streben bestimmter Gruppen, ihre Macht unter allen Umständen zu erhalten, werden analysiert.



Race, Islam and Power

Ethnic and Religious Violence in Post-Suharto Indonesia

von *Andreas Harsono*

Sprache: Englisch

Format: Taschenbuch

ISBN (pb): 978-1-925835-09-0

ISBN (e-book): 978-1-925835-11-3

Preis: ca. 35 USD

Eines der sieben Kapitel seines Buches widmet Andreas Harsono Westpapua. Auch hier stellt er ein persönliches Schicksal in den Vordergrund, schildert seine Begegnungen mit Filep Karma, der als junger Mann wegen Landesverrats zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde, im Gefängnis von Abepura. Karma hatte bei einem Treffen oppositioneller Studenten die Morning-Star-Flagge, das Symbol der Freiheitsbewegung in Westpapua, gehisst. Harsono zeichnet dessen Schicksal nach, erhellt dabei die historischen Hintergründe, dröselte die Beziehungen der verschiedenen Oppositionsgruppen und Freiheitsbewegungen in Westpapua auf und vermittelt einen Eindruck vom Klima der Angst vor den Unterdrückungsmechanismen von Polizei und Militär.

Hier geht es um Rassismus gegenüber der indigenen, meist christlichen Bevölkerung, um deren Marginalisierung durch massenhafte Einwanderung von muslimischen Indonesiern aus anderen Landesteilen. Ethnische und religiöse Konflikte sind vorprogrammiert. Sie gesellen sich zum Kampf um Ressourcen und Land zu einer explosiven Mischung. In Papua geborenen Menschen wird der Zugang zur wirtschaftlichen Entwicklung verwehrt. „Während das restliche Indonesien seit dem Fall des Suharto-Regimes 1998 eine enorme Ausweitung demokratischer Freiheit genießen konnte, war dies in Westpapua nicht der Fall“, resümiert Andreas Harsono. Polizei und Militär beanspruchen die absolute Kontrolle über West Papua, Korruption und Einschüchterung der regionalen Politiker sind an der Tagesordnung.

Die 2001 ausgesprochene „Special Autonomy“ für Westpapua existiert nur auf dem Papier. Nie verheilende Wunden sind von den Sicherheitskräften begangene Gräueltaten, die nicht gerichtlich untersucht oder geahndet wurden. So blieb unter anderem die Entführung und Ermordung von Theys Eluay, dem verehrten Lokalpolitiker und Abgeordneten des Nationalparlaments, im November 2001 bis heute ungesühnt.



Andreas Harsono (Foto: Marion Unger)

Breiten Raum nimmt in Harsonos Buch das Erstarken des politischen Islams ein. „Seit 20 Jahren verbreitet sich diese Spielart der Religion immer mehr“, beschreibt der Autor seine Erfahrung. „Wohlhabende Muslime übernehmen in Indonesien die Führerschaft im Namen der Scharia und betrachten sie als perfekte Lösung für alle Probleme.“ Er beobachtet die wachsende Zahl von Diskriminierungen vor allem gegen Frauen, Minderheiten, ganz zu schweigen von Menschen anderer sexueller Orientierung. Unter einem neu geschaffenen Blasphemie-Gesetz zum Beispiel werden Mädchen immer öfter gezwungen, sich mit dem Hijab zu verschleiern. Obwohl offiziell nicht vorgeschrieben, müssen auch christliche Mädchen an öffentlichen Schulen die Kopfbedeckung anlegen. „Es wird von ihnen verlangt, dass sie die muslimische Mehrheit respektieren, sonst müssen sie die Schule verlassen“, berichtet Harsono.

„Der politische Islam wird zum vorherrschenden Element des indonesischen Staatswesens“, stellt Andreas Harsono fest. Dies sollten sich seiner Meinung nach alle Staaten und Investoren bewusst machen, die das Land als Handelspartner schätzen – so auch Deutschland. Die Aussage

von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Indonesien als „moderates islamisches Land“ eingeordnet habe, will er nicht gelten lassen. „Die indonesische Gesellschaft ist geprägt von einem diskriminierenden Islam“, betont er. „Die politisch Verantwortlichen in der Welt müssen verstehen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem stärker werdenden Islam und Menschenrechtsverletzungen, die bis zu Morden führen.“ Die Gräueltaten der Suharto-Diktatur wirkten bis heute in die Gesellschaft des Landes hinein. Gerade Deutschland, das den Genozid an den Juden während der Zeit des Nationalsozialismus aufgearbeitet habe, sei in einer guten moralischen Position, dies auch deutlich zu machen. Harsono meint: „Indonesien könnte hier viel von Deutschland lernen.“

Informativ, im Reportagestil verfasst und leicht zu lesen ist das Buch ein Gewinn für jeden, der mehr über die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in Indonesien wissen möchte. Es lebt von den geschilderten Gesprächen mit Betroffenen, deren Leidensgeschichten nacherzählt werden. Harsono enthüllt die anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte, Verstöße gegen die Religionsfreiheit oder

Einschränkungen von Meinungs- und Pressefreiheit. Dabei geht er keineswegs unkritisch mit oppositionellen Bewegungen um und liefert treffende Analysen von Ursachen und Wirkungen der diversen regionalen Konflikte. Eine Fleißarbeit sondergleichen leistet er mit dem akribischen Nachweis seiner Informationsquellen.

In all den Jahren seiner journalistischen Tätigkeit hat sich Andreas Harsono einen ausgezeichneten Ruf als unerschrockener Menschenrechtsaktivist und Kämpfer für die Pressefreiheit erworben. Zwei Mal musste er das Land verlassen, als sein Engagement für ihn zu gefährlich wurde. Nach eigenen Worten lebte er im Ausland „wie ein einsamer Wolf“, bevor er sich zur Rückkehr entschloss. Gelegentlich wird er gar als „Legende“ bezeichnet. Darauf angesprochen schmunzelt er und meint: „Mein Sohn würde darüber lachen.“

Marion Unger ist freiberufliche Journalistin und führte im Mai 2019 ein Interview mit Andreas Harsono.

Bitte Formular zurücksenden an:



Westpapua-Netzwerk
Koordinationsstelle
Rudolfstr. 137
42285 Wuppertal

Fax: 0202 / 89004 179
Email: wpn@westpapuanetz.de

Bitte ausfüllen und abschieken an obige Adresse. Oder werden Sie Fördermitglied und erhalten Sie so den Rundbrief und zusätzlich andere Veröffentlichungen!

Mit dieser Einzugsermächtigung, die ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen kann, stelle ich die Arbeit des Westpapua-Netzwerks (WPN) auf eine sichere Basis und helfe gleichzeitig Verwaltungskosten und Bankgebühren zu sparen. Ziehen Sie dazu die Abonnementgebühren für den Rundbrief bis auf Widerruf von meinem Konto ein. Dieses Abonnement gilt für:



Name _____

Anschrift _____

Ich bekomme bereits das Journal aber möchte nun eine Einzugsermächtigung erteilen

Wenn Sie ihre Bankdaten angeben und unterschreiben erklären Sie sich für den jederzeit widerrufbaren Lastenzug bereit, der durch die Vereinte Evangelische Mission (VEM) für das WPN durchgeführt wird.

Bank _____

IBAN _____

Ich möchte das Westpapua Journal abonnieren und zahle jährlich einen Betrag von

Einfaches Abo

30 € für Organisationen

20 € für Einzelpersonen

10 € für Nicht- oder Geringverdienende Einzelpersonen

Fördermitgliedschaft

50 € als Fördermitglied

40 € als Fördermitglied (ermäßigt)

Email (optional) _____ ich möchte aktuelle
Meldungen vom WPN auch per E-Mail erhalten

Telefon (optional) _____

Datum _____ Unterschrift _____

Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich einverstanden, dass das WPN/die VEM die obengenannten Daten speichert und nur an für die Durchführung des Versands notwendige Dienstleister weitergibt.



JANG

PAKSA

CENDRAWASIH

UNTUK

JADI

WESTPAPUA
NETZWERK

Um diesen Journal zu abonnieren oder Fördermitglied des Westpapua-Netzwerks zu werden, besuchen Sie bitte: <https://bit.ly/2xTaoQc>

Um unsere E-Infos per Email zu empfangen, besuchen Sie bitte: <http://www.westpauanetz.de/mitmachen/newsletter-abonnieren>

Besuchen Sie uns auch auf



westpapua.netzwerk



@westpauanetz